

Rheinland-Pfalz



Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

1986

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

Inhalt

Gebäudevorerhebung 1987	185	Die Volkszählung 1987 beginnt mit der Gebäudevorerhebung. Hauseigentümer, die anderswo wohnen, werden von den Erhebungsstellen angeschrieben und um die Beantwortung von vier gebäudestatistischen Fragen gebeten.
Schulden des Landes und der kommunalen Gebietskörperschaften	191	Es werden der Schuldenstand der öffentlichen Körperschaften und seine Entwicklung seit 1979 sowie die Schuldendienstbelastung dargestellt.
Deutsche Bundesbahn als Verkehrsträger	195	Die Deutsche Bundesbahn, die Anfang 1986 in Rheinland-Pfalz rund 2 500 km Schienenstrecken unterhält, befindet sich derzeit in einem entscheidenden Rationalisierungsprozeß.
Unternehmen des Handels und Gastgewerbes	199	Von 1979 auf 1985 hat die Konzentration im Handel und Gastgewerbe zugenommen.
Nichtwohnbau 1985	205	Es wird über die im Jahre 1985 genehmigten Wirtschafts- und Öffentlichkeitsbauten sowie über die Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden berichtet.
Anhang	65*	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	71*	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Volkszählung beginnt mit Gebäudevorerhebung

Im Rahmen der Volkszählung 1987 werden auch Fragen zu den Wohngebäuden gestellt, und zwar zur Gebäudeart, zum Eigentumsverhältnis und Baujahr und nach der öffentlichen Förderung. Sofern der Eigentümer oder Verwalter nicht im Gebäude wohnt, werden die Angaben durch Postzustellung an die Heimataдресse eingeholt. hw

Mehr über dieses Thema auf Seite 185

Jährliche Schuldenzunahme seit 1982 rückläufig, am stärksten bei den Kommunen

Ende 1985 hatten die öffentlichen Körperschaften in Rheinland-Pfalz insgesamt 26,2 Mrd. DM fundierte Schulden. Davon entfielen auf das Land 16,6 Mrd. DM (63,5 %), auf die Kommunen 7,3 Mrd. DM (27,8 %), auf die Eigenbetriebe 1,9 Mrd. DM (7,3 %) und auf die kommunalen Krankenanstalten 0,4 Mrd. DM (1,4 %). Seit 1979 hat sich der Schuldenstand um 64 % erhöht, wobei das Wachstumstempo bei den einzelnen Gebietskörperschaften recht unterschiedlich war.

Die Nettokreditaufnahme erreichte sowohl beim Land als auch bei den Kommunen im Jahre 1981 ihren höchsten Stand. Seither wurde die Neuverschuldung erheblich zurückgeführt, und zwar vor allem von den Gemeinden (Gv.), die 1985 zusätzlich 178 Mill. DM aufnahmen, das sind 59 % weniger als 1981. Das Land hatte zur gleichen Zeit noch einen Nettokreditbedarf von 1 172 Mill. DM, was ein Rückgang gegenüber 1981 um 29 % bedeutet.

Wird der Schuldenstand auf die Steuereinnahmen (netto) bezogen, ergibt sich eine Kennziffer, die aussagt, wie oft die Steuereinnahmen anfallen müßten, um den Schuldenstand zu decken. Während sich beim Land diese Quote verschlechtert hat, ist bei den Kommunen eine Verbesserung eingetreten, weil deren Steuereinnahmen stärker gestiegen sind und es ihnen gelang, die Neuverschuldung niedriger zu halten.

Für Zinsen und Tilgung gab das Land im Jahre 1985 mehr als jede fünfte eingenommene Mark aus, 1979 war es jede neunte Mark. Bei den Kommunen beanspruchte der Schuldendienst 1985 jede sechste eingenommene Mark. la

Mehr über dieses Thema auf Seite 188

Adoptionen 1985 rückläufig

Im Jahre 1985 wurden in Rheinland-Pfalz 542 Minderjährige adoptiert, das waren 23 weniger als im Jahr

zuvor. Eine ausländische Staatsangehörigkeit hatten 96 oder knapp 18 % von ihnen. In 60 Fällen waren die Minderjährigen zum Zwecke der Adoption ins Inland geholt worden. Drei Fünftel aller Adoptierten waren noch nicht im schulpflichtigen Alter.

Gut die Hälfte der adoptierten deutschen Minderjährigen – bei den ausländischen Kindern werden die Familienverhältnisse nicht erhoben – waren nichteheliche Kinder. Von den 215 ehelichen deutschen Kindern kamen allein 154 aus geschiedenen Ehen und 18 von dauernd getrennt lebenden Eltern.

Ende 1985 gab es nahezu 2 000 Adoptionsbewerber, also Familien oder Einzelpersonen, die darauf warteten, daß ihnen ein Kind zur Adoption vorgeschlagen wird. Gegenüber dem Vorjahr verringerte sich ihre Zahl um rund 8 %. Den Adoptionswilligen standen am Jahresende 1985 lediglich 91 zur Adoptionsvermittlung vorgemerkte Minderjährige gegenüber. he

Höhere Einzelhandelsumsätze in den ersten sieben Monaten

Von Januar bis Juli 1986 nahmen die Umsätze der rheinland-pfälzischen Einzelhandelsbetriebe gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 3,2 % zu.

Unter den Branchen lag der Fahrzeughandel mit einer Steigerung um fast 12 % an der Spitze, gefolgt von Warenhäusern und Verbrauchermärkten (+ 5,3 %), Elektrogeschäften (+ 5,1 %) sowie Apotheken und Drogerien (+ 4,3 %). Die selbständigen Tankstellen hatten eine Umsatzschmälerung um 16 %, die auf die rückläufige Entwicklung der Kraftstoffpreise zurückzuführen sein dürfte. Auch beim Vertrieb von Einrichtungsgegenständen wurde das vorjährige Ergebnis nicht erreicht (– 1,2 %). pe

Kaffee aus dem Partnerland Ruanda

Die Handelsbeziehungen zwischen Rheinland-Pfalz und seinem afrikanischen Partnerland Ruanda haben sich in den letzten Jahren stark ausgeweitet. Im Jahre 1985 wurden für 14,3 Mill. DM Waren nach Ruanda geliefert, das Dreifache des Vorjahres. Es handelte sich vor allem um Kraftfahrzeuge. Darüber hinaus bestand auch ein Bedarf an Kunststoffen, Maschinen und anderen Gütern der rheinland-pfälzischen Wirtschaft.

Die Einfuhr von Waren aus Ruanda war mit 21,8 Mill. DM im Jahre 1985 um ein Drittel höher als die Ausfuhr. Sie stieg in den letzten fünf Jahren um 37 % und bestand vor allem aus Kaffee. sr

Textilgeschäfte hatten eine halbe Milliarde Mark Warenbestand

Die rheinland-pfälzischen Einzelhandelsunternehmen mit einem Jahresumsatz ab 250 000 DM setzten im Geschäftsjahr 1984 für 18,1 Mrd. DM um. Ihr Wareneinsatz zu Einstandspreisen betrug 11,9 Mrd. DM, so daß sich ein Rohertrag von 6,2 Mrd. DM, das sind 34,5 % des Umsatzes, ergab. Im Jahr zuvor lag die Rohertragsquote bei 33,5 %.

Der Material- und Warenbestand der Einzelhandelsunternehmen stieg von 2,2 Mrd. DM am Anfang auf 2,3 Mrd. DM am Ende des Geschäftsjahres (+ 3,7 %). Er nahm besonders stark in den Textilgeschäften zu (+ 11 %). Hier war der Warenbestand unter allen Einzelhandelsbranchen mit 531 Mill. DM am höchsten.

Im Geschäftsjahr 1984 investierten die Einzelhandelsunternehmen für 222 Mill. DM gegenüber 237 Mill. DM im Vorjahr (- 6,3 %). Hauptsächlich wurden Fahrzeuge, Einrichtungsgegenstände und Maschinen angeschafft (159 Mill. DM, - 0,7 %). Der Kauf von Immobilien ging von 77 Mill. DM im Jahre 1983 auf 63 Mill. DM im Jahre 1984 zurück. sr

Auftragseingänge nahmen zu

Im ersten Halbjahr verzeichneten die rheinland-pfälzischen Betriebe des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten eine Zunahme der Aufträge um 1,4 % auf knapp 1,9 Mrd. DM. Der Rückgang im Straßenbau (- 16 %) wird durch das positive Ergebnis im Wohnungsbau (+ 15 %) kompensiert. Sowohl im Hoch- als auch im Tiefbau vergaben die Gebietskörperschaften mehr Aufträge (+ 2,5 bzw. + 10 %). hw

Im Juli höhere Auftragseingänge als im Vormonat

Die Auftragseingänge von Industrie und Handwerk konnten, nach ersten vorläufigen Ergebnissen, von Juni auf Juli 1986 um 8,6 % ausgeweitet werden. Der Anstieg ist vor allem auf die um 12,6 % höheren Inlandsbestellungen zurückzuführen. Die Auslandsorder nahmen um 1,7 % zu. Den stärksten Zuwachs verzeichnete das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (+ 16 %). Hieran war die chemische Industrie mit einer Zunahme von 22 % maßgeblich beteiligt. Im Investitionsgüterbereich wurde ein Auftragsplus von 6,5 % verzeichnet. Dagegen war die Ordertätigkeit im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe um 3 % rückläufig.

Im Vergleich zum Juli 1985 erhöhten sich die Auftragseingänge um 0,9 %. Während die Auslandsbestellungen um 2,1 % zunahmen, blieben die Inlandsauftragseingänge nahezu unverändert (+ 0,2 %). hel

Umsatzsteigerung im Handwerk

Umsatz und Zahl der Beschäftigten der rheinland-pfälzischen Handwerksbetriebe lagen im zweiten Halbjahr 1986 um 24 bzw. 25 % höher als im Vorquartal. Die saisonbedingte Umsatzsteigerung zeigt sich insbesondere beim Bau- und Ausbaugewerbe (+ 56 %) sowie beim Metall- und Holzgewerbe (jeweils + 19 %).

Gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum errechnet sich für den Umsatz eine Zunahme um 5,9 %, für die Beschäftigten eine Abnahme um 1,4 %. Umsatzerhöhungen verzeichnen die Bereiche Textil (1,3 %), Bau (4,9 %), Metall (9,3 %) und Gesundheit (11,7 %).

Im ersten Halbjahr 1986 war der Umsatz um 6,3 % höher, die Beschäftigtenzahl um 2,1 % niedriger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. hw

Umsätze im Juli ohne besondere Bewegung

Die Umsätze der rheinland-pfälzischen Industrie- und Handwerksbetriebe lagen im Juli 1986 um 1 % unter dem entsprechenden Vorjahresmonat. Die Inlandsumsätze stagnierten (+ 0,1 %), die Exporte gingen um 3 % zurück. Für das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (+ 7,6 %), den Verbrauchsgüter produzierenden Bereich (+ 5,1 %) und das Investitionsgüter produzierende Gewerbe (+ 1,2 %) errechneten sich Zunahmen. Dagegen war die Umsatzentwicklung im Grundstoff- und Produktionsgütersektor um 6,4 % rückläufig. hel

Ausfuhren leicht unter dem Vorjahresergebnis

Im Juni 1986 lieferte die rheinland-pfälzische Wirtschaft für 2,5 Mrd. DM Güter ins Ausland. Das sind 0,4 % weniger als im gleichen Vorjahresmonat. Aus dem Bundesgebiet wurden Erzeugnisse im Wert von 44,4 Mrd. DM (+ 5,4 %) ausgeführt.

Von den rheinland-pfälzischen Exporten waren 53 % Endprodukte und 34 % Vorerzeugnisse der gewerblichen Wirtschaft. Gegenüber Juni 1985 nahmen diese Lieferungen um 1,6 bzw. 2,7 % zu. Bei Halbwaren (- 20 %), Rohstoffen (- 15 %) und Agrarprodukten (- 8,3 %) errechnen sich deutliche Rückgänge.

Von Januar bis Juni 1986 wurden für über 14,9 Mrd. DM Waren ausgeführt. Das sind 4,4 % weniger als im ersten Halbjahr 1985 (Bundesgebiet - 1 %). pe

2,8 % Beförderungsfälle weniger im öffentlichen Personenverkehr

Im ersten Halbjahr 1986 wurden in Rheinland-Pfalz 133,6 Millionen Personen mit öffentlichen Straßenverkehrsmitteln befördert. Im vergleichbaren Vorjahreszeitraum waren es 137,5 Mill. gewesen (- 2,8 %). Die Zahl der Wagen-Kilometer verringerte sich von 80,5 auf 78,6 Mill. (- 2,4 %). schm

Über zwei Millionen Kraftfahrzeuge in Rheinland-Pfalz zugelassen

Anfang Juli 1986 waren in Rheinland-Pfalz über 2 Mill. Kraftfahrzeuge zum Verkehr zugelassen. Das sind 3,8 % oder fast 75 000 Fahrzeuge mehr als im Jahr zuvor. In den letzten zehn Jahren hat sich der Kraftfahrzeugbestand um fast die Hälfte erhöht.

Personenwagen und Kombis machten am 1. Juli 1986 über vier Fünftel des Bestandes aus. Davon kommen 467 auf 1 000 Einwohner. Hinsichtlich des Gesamtbestandes weist Rheinland-Pfalz mit 561 Fahrzeugen je 1 000 Einwohner die höchste Kraftfahrzeugdichte unter den Bundesländern auf (Bundesgebiet: 520).

Gegenüber Juli 1985 stieg die Zahl der Personenwagen und Kombis um 4,6 % auf 1,7 Mill. Ein Rückgang war nur bei der Hubraumklasse von 1 000 bis 1 200 cm³ festzustellen (- 2,9 %). Deutliche Zunahmen zeigten die Bestände an Fahrzeugen von 1 400 bis 2 000 cm³ (+ 6,4 %) und von über 2 Liter Hubraum (+ 6,1 %).

Mit Ausnahme der Krafträder (- 1 %) verzeichneten alle anderen Fahrzeugarten Zunahmen. Die Entwicklung bei den Krafträdern wurde maßgeblich von der stark abnehmenden Zahl an Leichtkrafträdern bestimmt (- 12 %). Insgesamt waren am 1. Juli 1986 rund 94 000 Krafträder zum Verkehr zugelassen, davon entfielen etwa 30 Prozent auf Leichtkrafträder. wo

Im Straßenverkehr nahmen schwere Unfälle zu

Im ersten Halbjahr 1986 wurden in Rheinland-Pfalz 58 191 Straßenverkehrsunfälle registriert. Das sind 0,2 % weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Hingegen stieg die Zahl der Personenschadensunfälle (+ 4,0 %) und der Verunglückten (+ 4,4 %), darunter vor allem die Zahl der Getöteten (+ 12 %). Straßenverhältnisse und Witterungseinflüsse spielten hierbei eine geringere Rolle als im Vorjahr (- 25 %). Zunehmende Bedeutung kam der Nichtbeachtung von Vorfahrt (+ 18 %) und eines genügenden Sicherheitsabstands (+ 17 %) zu. wo

In der ersten Augushälfte gab es doppelt soviel Unfalltote wie im entsprechenden Vorjahreszeitraum

Auf den rheinland-pfälzischen Straßen verunglückten vom 1. bis 15. August 1986 insgesamt 44 Verkehrsteilnehmer tödlich. Das sind annähernd so viele wie im gesamten Vorjahresmonat (47). Gegenüber der ersten Hälfte des Monats August 1985 hat sich die Zahl der Verkehrstoten verdoppelt, und zwar in allen Regierungsbezirken (Koblenz: 20 gegenüber 10, Trier: 5 gegenüber 2, Rheinhessen-Pfalz: 19 gegenüber 10).

kurz + aktuell

Von den zwischen dem 1. und 15. August 1986 bei Straßenverkehrsunfällen Getöteten waren die Hälfte (52 %) Insassen von Personenkraftwagen. 13 waren Fahrer oder Mitfahrer von motorisierten Zweirädern und sieben Fußgänger. Allein am 9. und 10. August 1986 kamen auf den rheinland-pfälzischen Straßen 11 Verkehrsteilnehmer ums Leben (25 %). Bei einem schweren Unfall erlitten gleich vier PKW-Insassen tödliche Verletzungen. gn

Autobahnnetz nahm im Jahre 1985 um 30 km zu

Am 1. Januar 1986 gab es in Rheinland-Pfalz 18 628 km Straßen des überörtlichen Verkehrs. Von dieser Gesamtlänge entfielen rund 20 % auf Ortsdurchfahrten. Die Länge der freien Strecken betrug 14 875 km.

Durch die Freigabe der neuen Autobahnteilstrecken Prüm-Bitburg im Zuge der A 60 sowie Thaleischweiler-Weselberg im Zuge der A 62 vergrößerte sich das Bundesautobahnnetz in Rheinland-Pfalz im Jahre 1985 auf 759 km. Das sind 30 km oder 4,1 % mehr als Anfang 1985.

Die Länge der Bundesstraßen nahm um 12 km auf 3 200 km zu, die der Kreisstraßen um 25 km auf 7 684 km. Bei den Landesstraßen ergab sich eine Abnahme um 5 km auf 6 985 km. Diese Veränderungen resultierten größtenteils aus der Inbetriebnahme von Ortsumgehungen und aus Umstufungen.

Mehr als drei Viertel der Bundes-, Landes- und Kreisstraßen haben eine Breite von mindestens fünf Metern. Über die Hälfte der Landesstraßen und mehr als zwei Drittel der Kreisstraßen sind mit mittelschweren bituminösen Decken oder mit bituminösen Teppichbelägen ausgestattet. Bei den Bundesstraßen überwiegen die schweren hohlraumarmen Decken (69 %). wo

Rund 2 500 km Schienennetz der Bundesbahn in Rheinland-Pfalz

Anfang 1986 war das Schienennetz der Deutschen Bundesbahn in Rheinland-Pfalz 2 501 km lang. 658 km davon sind elektrifiziert. Insgesamt gibt es in Rheinland-Pfalz 351 Bahnhöfe, 163 Haltepunkte und 63 Haltestellen für den Schienenverkehr. Die Zahl der niveaugleichen beschränkten Bahnübergänge betrug 538. Das sind 33 % weniger als zehn Jahre zuvor.

Die Bundesbahn verkaufte in Rheinland-Pfalz im Jahre 1985 nahezu 13,5 Mill. Fahrausweise für den Personenverkehr auf der Schiene. Das sind 37 % weniger als 1975. Insgesamt 16,4 Mill. t Güter wurden im Jahre 1985 auf Waggons der Deutschen Bundesbahn umgeschlagen. Das sind 5,2 % weniger als vor einem Jahrzehnt. pe

Mehr über dieses Thema auf Seite 195

Gebäudevorerhebung 1987

Durch die mit der Volks- und Berufszählung zum 25. Mai 1987 verbundene Gebäudezählung sind alle Gebäude mit Wohnraum und ständig bewohnten Unterkünften zu erfassen. Erfragt werden Gebäudeart, Eigentümer, Baujahr und ob Wohnungen mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus gefördert worden sind.

Arten der Gebäudevorerhebung

Nach dem Volkszählungsgesetz 1987 kann mit der Gebäudevorerhebung bis zu sechs Monate vor dem Zählungstichtag, also am 25. November 1986, begonnen werden. Die gesamte Zählung wird dann in zwei Phasen abgewickelt, und zwar in einer Vorerhebung für Gebäude und einer Haupterhebung mit Stichtag 25. Mai 1987. Auskunftspflichtig zu den gebäudestatistischen Fragen ist der Eigentümer oder Verwalter des Gebäudes.

Eine Vorerhebung sollte immer für die Gebäude durchgeführt werden, in denen der auskunftspflichtige Eigentümer oder Verwalter vom Zähler bei der Haupterhebung nicht angetroffen werden kann. Dies ist dann der Fall, wenn er in diesem Gebäude selbst keine Wohnung bewohnt (partielle Vorerhebung). Aus organisatorischen Gründen kann es aber auch zweckmäßig sein, eine alle Gebäude mit Wohnraum umfassende Vorerhebung durchzuführen (totale Vorerhebung).

Die Vorerhebung betrifft insbesondere Mehrfach-Hausbesitzer, Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften, Einrichtungen der öffentlichen Hand sowie Industrieunternehmen und Versicherungen. Bedingt durch die Struktur des Landes und die Besitzverhältnisse dürfte in Rheinland-Pfalz die Zahl der Vorerhebungsfälle begrenzt sein. Je nach Größe der Gemeinden wird von der Vorerhebung unterschiedlich Gebrauch gemacht werden. In größeren Gemeinden und Städten wird die Quote erfahrungsgemäß höher liegen als in den kleineren Gemeinden, die im Lande überwiegen.

Wohnen Hauseigentümer in ihren Gebäuden, werden bei einer partiellen Gebäudevorerhebung die entsprechenden Fragen ebenso wie die übrigen nach Wohnungen, Haushalten und Arbeitsstätten durch die Zähler im Rahmen der Haupterhebung gestellt. Die gebäudestatistischen Fragen sind von den Gebäudeeigentümern in ihrem jeweiligen Wohnungsbogen zu beantworten.

Nach einer Umfrage bei den kommunalen Erhebungsstellen, welche Art der Vorerhebung gewählt und wie hoch die Zahl der Erhebungsfälle sein wird, zeichnet sich ab, daß die Erhebungsstellen die partielle Vorerhebung bevorzugen. Nach dem derzeitigen Informationsstand beabsichtigt keine Gemeinde eine totale Erhebung im Vorfeld der Zählung.

Erfassung der Gebäude

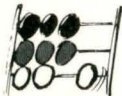
Bei der Gebäudezählung im Rahmen der Volkszählung 1987 werden nur Gebäude mit Wohnraum und ständig bewohnte Unterkünfte erhoben. Hierzu zählen auch administrative oder gewerblich genutzte Gebäude, wenn im Gebäude mindestens eine Wohnung vorhanden ist, die für Wohnzwecke genutzt wird oder genutzt werden soll.

Gebäude im Bereich von Gemeinschafts- und Anstaltsunterkünften zählen dann als Gebäude mit Wohnraum, wenn sie vollständig oder teilweise als Wohnheim genutzt werden oder wenn sich mindestens eine Wohnung, z. B. für Bedienstete und deren Angehörige, in dem Gebäude befindet. Dient das Gebäude im Bereich der Gemeinschafts- und Anstaltsunterkunft ausschließlich administrativen bzw. gewerblichen Zwecken oder sind dort Personen ohne eigene Haushaltsführung untergebracht, so sind keine Gebäudeangaben zu erheben. Gebäude, die vollständig oder teilweise als Wohnheime genutzt werden, zählen zu den Gebäuden mit Wohnraum.

Wochenend- und Ferienhäuser sowie alle Gebäude mit Wohnraum, deren Wohnungen ausschließlich für Freizeit Zwecke genutzt werden, sollten bereits in der Vorerhebung erfaßt werden. Beherbergungsstätten wie Hotels, in denen Serviceleistungen (z. B. tägliche Reinigung, Bettenmachen, Teil- oder Vollverpflegung) in Anspruch genommen werden, sind nur dann zu erheben, wenn sie durch Inhaber oder Personal auch für Wohnzwecke genutzt werden.

Leerstehende Gebäude mit Wohnraum sind dann zu erfassen, wenn

- die Wohnungen vorübergehend leerstehen und später wieder zu Wohnzwecken genutzt werden sollten;
- die Wohnungen fertiggestellt, aber noch nicht bezogen sind;



VOLKSZÄHLUNG 1987

Gebäudebogen

<div style="border: 1px solid black; height: 80px; margin-bottom: 10px;"></div> <div style="border: 1px solid black; height: 130px;"></div>	<div style="border: 1px solid black; padding: 5px; margin-bottom: 10px;">Rücksendetermin: Bitte den Bogen innerhalb einer Woche an nebenstehende Adresse zurücksenden.</div> <div>Nur von der Gemeinde auszufüllen: Lfd. Nr. <div style="border: 1px solid black; width: 100px; height: 15px;"></div> Gemeindeschlüssel <div style="border: 1px solid black; width: 100px; height: 15px;"></div> Gemeindeteil <div style="border: 1px solid black; width: 100px; height: 15px;"></div> Straßenschlüssel <div style="border: 1px solid black; width: 100px; height: 15px;"></div> Block/-seite <div style="border: 1px solid black; width: 100px; height: 15px;"></div> Zählbezirks-Nr. <div style="border: 1px solid black; width: 100px; height: 15px;"></div></div>
---	--

Rechtsgrundlage: Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1987) vom 8. 11. 1985 (BGBl. I S. 2078) in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (BStatG) vom 14. 3. 1980 (BGBl. I S. 289).

Hinweise zum Ausfüllen des Bogens siehe Rückseite

Gebäude, für das Angaben erhoben werden:		
Straße, Haus-Nr. <div style="border: 1px solid black; height: 20px;"></div>	PLZ <div style="border: 1px solid black; width: 40px; height: 20px;"></div>	Gemeinde <div style="border: 1px solid black; height: 20px;"></div>
Um evtl. Rückfragen zu erleichtern, bitten wir um <u>freiwillige</u> Angabe der Telefonnummer: <div style="border: 1px solid black; width: 150px; height: 20px;"></div>		

A Wie viele Wohnungen sind im Gebäude vorhanden? <div style="border: 1px solid black; width: 50px; height: 20px;"></div>	
Falls-keine Wohnungen vorhanden: Keine weiteren Fragen beantworten, aber auch in diesem Fall Bogen bitte zurücksenden.	
Bitte so markieren	
B Sind Arbeitsstätten (z.B. Betriebe, Büros) im Gebäude vorhanden? nein <input type="checkbox"/>	
Falls ja: Bitte Anzahl angeben <div style="border: 1px solid black; width: 50px; height: 20px;"></div> ja <input type="checkbox"/>	

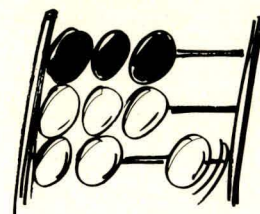
Nur für Gebäude mit Wohnraum und ständig bewohnte Unterkünfte!

<div style="border: 1px solid black; padding: 5px; margin-bottom: 10px;">1 Gebäudeart Wohngebäude <input type="checkbox"/> <small>(Gebäude mindestens zur Hälfte für Wohnzwecke genutzt)</small> sonstiges Gebäude mit Wohnraum <input type="checkbox"/> bewohnte Unterkunft (z. B. Baracke) <input type="checkbox"/> <small>Außerdem bei Wohnheimen:</small> Wird dieses Gebäude vollständig oder teilweise als Wohnheim genutzt? vollständig <input type="checkbox"/> teilweise <input type="checkbox"/> 2 Wer ist Eigentümer(in), Kaufanwärt. bzw. Erbbauberechtigte(r) des Gebäudes? Einzelperson oder Ehepaar, Erbengemeinschaft oder ähnliche Personengemeinschaft <input type="checkbox"/> Gemeinschaft von Wohnungseigentümern (nur bei Eigentumswohnungen) <input type="checkbox"/> gemeinnütziges Wohnungsunternehmen, Wohnungsbaugenossensch. oder Organ der staatl. Wohnungspolitik <input type="checkbox"/> freies Wohnungsunternehmen <input type="checkbox"/> sonstige(r) Eigentümer(in) <input type="checkbox"/></div>	<div style="border: 1px solid black; padding: 5px; margin-bottom: 10px;">3 Baujahr des Gebäudes <small>(Jahr der Bezugsfertigstellung)</small> Bei Erweiterungs- und Umbauten ist das ursprüngliche Baujahr anzugeben, bei Wiederaufbau nach Totalschaden das Jahr des Wiederaufbaus. <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"><tr><td>bis 1900</td><td><input type="checkbox"/></td><td>68</td><td><input type="checkbox"/></td><td>78</td><td><input type="checkbox"/></td></tr><tr><td>1901-18</td><td><input type="checkbox"/></td><td>69</td><td><input type="checkbox"/></td><td>79</td><td><input type="checkbox"/></td></tr><tr><td>1919-48</td><td><input type="checkbox"/></td><td>70</td><td><input type="checkbox"/></td><td>80</td><td><input type="checkbox"/></td></tr><tr><td>1949-57</td><td><input type="checkbox"/></td><td>71</td><td><input type="checkbox"/></td><td>81</td><td><input type="checkbox"/></td></tr><tr><td>1958-62</td><td><input type="checkbox"/></td><td>72</td><td><input type="checkbox"/></td><td>82</td><td><input type="checkbox"/></td></tr><tr><td>63</td><td><input type="checkbox"/></td><td>73</td><td><input type="checkbox"/></td><td>83</td><td><input type="checkbox"/></td></tr><tr><td>64</td><td><input type="checkbox"/></td><td>74</td><td><input type="checkbox"/></td><td>84</td><td><input type="checkbox"/></td></tr><tr><td>65</td><td><input type="checkbox"/></td><td>75</td><td><input type="checkbox"/></td><td>85</td><td><input type="checkbox"/></td></tr><tr><td>66</td><td><input type="checkbox"/></td><td>76</td><td><input type="checkbox"/></td><td>86</td><td><input type="checkbox"/></td></tr><tr><td>67</td><td><input type="checkbox"/></td><td>77</td><td><input type="checkbox"/></td><td>87</td><td><input type="checkbox"/></td></tr></table></div> <div style="border: 1px solid black; padding: 5px;">4 Sind Wohnungen im Gebäude mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus gefördert? <small>(nur Erster Förderungsweg)</small> keine <input type="checkbox"/> alle <input type="checkbox"/> nur ein Teil <input type="checkbox"/></div>	bis 1900	<input type="checkbox"/>	68	<input type="checkbox"/>	78	<input type="checkbox"/>	1901-18	<input type="checkbox"/>	69	<input type="checkbox"/>	79	<input type="checkbox"/>	1919-48	<input type="checkbox"/>	70	<input type="checkbox"/>	80	<input type="checkbox"/>	1949-57	<input type="checkbox"/>	71	<input type="checkbox"/>	81	<input type="checkbox"/>	1958-62	<input type="checkbox"/>	72	<input type="checkbox"/>	82	<input type="checkbox"/>	63	<input type="checkbox"/>	73	<input type="checkbox"/>	83	<input type="checkbox"/>	64	<input type="checkbox"/>	74	<input type="checkbox"/>	84	<input type="checkbox"/>	65	<input type="checkbox"/>	75	<input type="checkbox"/>	85	<input type="checkbox"/>	66	<input type="checkbox"/>	76	<input type="checkbox"/>	86	<input type="checkbox"/>	67	<input type="checkbox"/>	77	<input type="checkbox"/>	87	<input type="checkbox"/>
bis 1900	<input type="checkbox"/>	68	<input type="checkbox"/>	78	<input type="checkbox"/>																																																								
1901-18	<input type="checkbox"/>	69	<input type="checkbox"/>	79	<input type="checkbox"/>																																																								
1919-48	<input type="checkbox"/>	70	<input type="checkbox"/>	80	<input type="checkbox"/>																																																								
1949-57	<input type="checkbox"/>	71	<input type="checkbox"/>	81	<input type="checkbox"/>																																																								
1958-62	<input type="checkbox"/>	72	<input type="checkbox"/>	82	<input type="checkbox"/>																																																								
63	<input type="checkbox"/>	73	<input type="checkbox"/>	83	<input type="checkbox"/>																																																								
64	<input type="checkbox"/>	74	<input type="checkbox"/>	84	<input type="checkbox"/>																																																								
65	<input type="checkbox"/>	75	<input type="checkbox"/>	85	<input type="checkbox"/>																																																								
66	<input type="checkbox"/>	76	<input type="checkbox"/>	86	<input type="checkbox"/>																																																								
67	<input type="checkbox"/>	77	<input type="checkbox"/>	87	<input type="checkbox"/>																																																								

* siehe Erläuterungen

Fragen zum Gebäude

Fragen 1 bis 4 des Wohnungsbogens (Gebäudeangaben)



**Zehn Minuten,
die allen helfen.**

Durch die Gebäude- und Wohnungszählung werden nur die Gebäude mit Wohnraum erfaßt. Reine Nichtwohngebäude, zum Beispiel Fabrik- oder Turnhallen, bleiben unberücksichtigt.

Die Frage 1 nach der Gebäudeart mit Wohnraum dient zur Feststellung der Gebäudestruktur und der Nutzung der Gebäude. Die Erfassung von Unterkünften läßt die Abgrenzung des Gebäudebestandes zu, da sie als Behelfsbauten für eine dauernde Verwendung als Wohnraum nicht geeignet sind. Gebäudearten sind Basis für die Fortschreibung des Gebäudebestandes und Grundlage des Auswahlplanes für nachfolgende Stichprobenerhebungen.

Die Frage nach der vollständigen oder teilweisen Nutzung der Gebäude als Wohnheim dient der Abgrenzung des Wohnbedarfs spezieller Bevölkerungsgruppen (ältere Mitbürger, Studenten, Auszubildende) vom sonstigen Wohnungsangebot in Gebäuden.

Wohnungen in Wohnheimen, die von älteren Menschen immer häufiger genutzt werden,

rechnen zum Wohnungsbestand. Sie dienen dem normalen Wohnungsbedarf, jedoch werden mit diesen Wohnungen zumeist bestimmte Serviceleistungen und -einrichtungen angeboten. Von daher ist eine gesonderte Beobachtung dieses Marktsegments angezeigt.

Frage 2 liefert Informationen über die Eigentumsbildung und die Eigentumsstreuung der Haushalte. Darüber hinaus gibt sie Aufschluß über den Gebäude- und Wohnungsmarkt nach selbst genutzten und vermieteten Gebäuden und Wohnungen und bildet so die Grundlage für finanzielle und steuerliche Fördermaßnahmen.

Die Kenntnis des Baujahres in Frage 3 rundet die Information über die Qualität einer Wohnung ab. Das Baualter bietet Anhaltspunkte zur Beurteilung des Zustandes von Wohnungen und eines möglichen Modernisierungs- oder Neubaubedarfs und ist von Einfluß auf die Höhe der Miete.

Die Begründung für den Zweck der Frage 8 im Wohnungsbogen (Wohnungsangaben) gilt entsprechend für die Frage 4 der Gebäudeangaben. hw

Gebäudeangaben : Bitte nur ausfüllen, wenn Sie **Eigentümer(in)** oder **Verwalter(in)** dieses Gebäudes sind !

1 Gebäudeart
★

Wohngebäude
(Gebäude mindestens zur Hälfte für Wohnzwecke genutzt)

sonstiges Gebäude mit Wohnraum

bewohnte Unterkunft
(z. B. Baracke)

Außerdem bei Wohnheimen :
Wird dieses Gebäude
vollständig oder teilweise
als Wohnheim genutzt ?

vollständig

teilweise

2 Wer ist Eigentümer (in), Kaufanwärter bzw. Erbbauberechtigte(r) des Gebäudes ?

Einzelperson oder Ehepaar, Erbengemeinschaft oder ähnliche Personengemeinschaft

Gemeinschaft von Wohnungseigentümern
(nur bei Eigentumswohnungen)

gemeinnütziges Wohnungsunternehmen, Wohnungsbaugenossensch. oder Organ der staatl. Wohnungspolitik

freies Wohnungsunternehmen

sonstige(r) Eigentümer(in)

3 Baujahr des Gebäudes
(Jahr der Bezugserstellung)

Bei Erweiterungs- und Umbauten ist das ursprüngliche Baujahr anzugeben, bei Wiederaufbau nach Totalschaden das Jahr des Wiederaufbaus.

bis 1900	68	78
1901-18	69	79
1919-48	70	80
1949-57	71	81
1958-62	72	82
63	73	83
64	74	84
65	75	85
66	76	86
67	77	87

4 Sind Wohnungen im Gebäude mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus gefördert ?
★

(nur Erster Förderungsweg)

keine

alle

nur ein Teil

- sie zum Abriß bestimmt sind, aber noch keine behördliche Abbruchgenehmigung vorliegt;
- die Umwidmung aller Wohnungen in Räume für gewerbliche Nutzung zwar geplant ist, jedoch noch keine behördliche Genehmigung zur Nutzungsänderung vorliegt.

Nicht berücksichtigt werden Gebäude mit Wohnraum, die sich noch im Bau befinden. Hierunter fallen alle Gebäude, in denen aus bautechnischen Gründen noch keine Wohnung bezogen werden konnte. Ist jedoch abzusehen, daß ein solches Gebäude zum Stichtag der Volkszählung, dem 25. Mai 1987, ganz oder teilweise bezugsfertig sein wird, sind Angaben zu machen.

Zu den ständig bewohnten Unterkünften gehören insbesondere Baracken, Behelfsheime als auch festverankerte Wohnschiffe. Sie werden nur gezählt, wenn abzusehen ist, daß sie zum Zählungstichtag bewohnt sind.

Anschriften der Gebäude und ihrer Eigentümer

Zur Organisation der Gebäudezählung haben die für die Grundsteuer der Gemeinden zuständigen Stellen oder die für die Gebäudebrandversicherung zuständigen juristischen Personen des öffentlichen Rechts den Erhebungsstellen auf Anforderung die Anschriften der Eigentümer oder Verwalter der zu erhebenden Gebäude und Unterkünfte mitzuteilen (§ 11 Abs. 2 Volkszählungsgesetz). Es ist davon auszugehen, daß die Mehrzahl der Erhebungsstellen die Möglichkeit des Rückgriffs auf Grundsteuerdateien in Anspruch nimmt. Diese Verfahrensweise wurde bereits bei der Gebäudevorerhebung 1983 praktiziert. Knapp zwei Drittel der Verwaltungen besorgten sich damals auf diese Weise die benötigten Anschriften. Die Hinzuziehung von Dateien / Karteien für Wasser, Schmutzwasser und Müllabfuhr sowie des Melderegisters und sonstiger Unterlagen ist bei der Volkszählung 1987 nicht möglich.

Die Gebäudebogen der Vorerhebung

Für die Gebäudevorerhebung wird der vom Statistischen Landesamt zur Verfügung gestellte bundeseinheitlich gestaltete Erhebungsvordruck „Gebäudebogen“ verwendet. Er enthält in gleicher Form dieselben Fragen wie der gebäudestatistische Teil des Wohnungsbogens. Im Gegensatz zu diesem handelt es sich aber um einen nicht maschinenlesbaren Bogen, der – zur Feststellung der Vollzähligkeit – auch Namen und Anschrift des Gebäudeeigentümers enthält. Zur organisatorischen Unterstützung der Volkszählungsdienststelle bei der Vorbereitung und Durchführung der eigentlichen Zählung wird auf dem Fragebogen der Gebäudevorerhebung auch nach der Zahl der Wohnungen und Arbeitsstätten im Gebäude gefragt. Etwa Mitte Oktober werden den Erhebungsstellen die Unterlagen für die Vorerhebung zugestellt.

Versand der Bogen

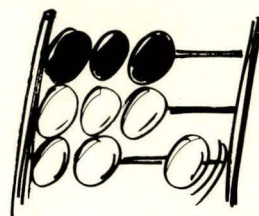
Die nach § 9 des Volkszählungsgesetzes in Verbindung mit §§ 3 bis 5 der Landesverordnung zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1987 und Nr. 3.2 der Verwaltungsvorschrift zur Durchführung der Volkszählung 1987 (MinBl. 1986, S. 434) einzurichtenden Erhebungsstellen, die räumlich, organisatorisch und personell von anderen Verwaltungsstellen zu trennen sind, haben beim postalischen Versand der Bogen zu berücksichtigen, daß zeitliche Verzögerungen durch unzustellbare Bogen eintreten – 1983 lag hier die Quote bei 2,4 % – und notwendige Erinnerungsschreiben erforderlich sein können. In kleineren Verwaltungen dürfte es sich empfehlen, nicht zum frühestmöglichen Termin mit dem Versand der Fragebogen zu beginnen, sondern erst Ende Januar 1987. Dies hat den Vorteil, daß der Rücklauf der Fragebogen – und damit der Beginn der Abschottung – in eine Zeit fällt (Februar bis Mitte April 1987), in der wegen der allgemeinen Vorbereitungsarbeiten für die Zählung die Erhebungsstelle ohnehin besetzt sein muß. Sollte der Umfang der Vorerhebung einen früheren Termin erfordern, so kommt als Zeitraum der 25. November bis etwa Mitte Dezember in Betracht. Die Arbeit der Erhebungsstelle wird durch eine bundeseinheitlich abgestimmte und mit landesspezifischen Regelungen ergänzte Anleitung für die Gebäudevorerhebung unterstützt.

Außer dem Erhebungsbogen und einem Anschreiben erhalten die Auskunftspflichtigen den Text des Volkszählungsgesetzes sowie ein Informationsblatt zur Gebäudevorerhebung. Diesen Unterlagen liegt ein Rücksendeumschlag bei, mit dem der Gebäudeeigentümer den Bogen portofrei an die Erhebungsstelle zurückschicken kann.

Abschlußarbeiten der Erhebungsstelle

Die Erhebungsstelle hat mit Hilfe entsprechender Kontrolllisten eine ständige Rücklaufkontrolle durchzuführen. Berichtssäumige Gebäudeeigentümer sind schriftlich zu erinnern. Für Gebäude, für die zum Zeitpunkt der Haupterhebung noch kein Rücklauf der Gebäudebogen zu verzeichnen ist oder die unvollständig erfaßt wurden, sind Hinweise aus der Rücklaufkontrollliste in die Zählbezirksbeschreibung der Zähler für die Haupterhebung zu übernehmen. Der Zähler bzw. die Erhebungsstelle versucht dann, die entsprechenden Angaben nachzuerheben. Korrekt ausgefüllte Bogen werden den jeweiligen Arbeitsbezirken zugeordnet. Dem Zähler ist mitzuteilen, für welche Gebäude bereits Angaben vorliegen. Nach Eingang der Wohnungsbogen in der Erhebungsstelle übertragen die Mitarbeiter die vier gebäudestatistischen Merkmale aus der Vorerhebung in den betreffenden Lesebeleg. Alle Unterlagen, d. h. auch die Vorerhebungsbogen, sind von der Erhebungsstelle nach vorgegebenem Terminplan dem Statistischen Landesamt zuzuleiten.

Diplom-Volkswirt Ingo Hawliczek



**Zehn Minuten,
die allen helfen.**

Frage zur Beheizung

Frage 5 des Wohnungsbogens

Die Qualität einer Wohnung ist vor allem an der Ausstattung zu messen. Küche, Bad, WC, Beheizungsart und Art des Brennstoffs sind die wichtigsten Ausstattungskriterien, die sowohl bei Modernisierungs- und Energieeinsparungsmaßnahmen als auch bei der Erstellung von Mietspiegeln und bei Vergleichsmieten zugrunde gelegt werden.

Nach dem Modernisierungs- und Energieeinsparungsgesetz fördern Bund und Länder die Modernisierung von Wohnungen sowie Maßnahmen zur Einsparung von Heizenergie. Hierzu bedarf es regional gegliederter Basisdaten über Qualität und Zustand des Wohnungsbestandes. Es kommt darauf an, Schwerpunkte für die Förderung der Modernisierung und Energieeinsparung festzulegen und dabei gezielt bestimmte Gebiete oder Bestände zu erreichen.

Zu den förderungswürdigen Modernisierungsvorhaben zählen bauliche Maßnahmen zur Verbesserung des Zuschnitts der Wohnung, der Energieversorgung, der sanitären Einrichtungen, der Beheizung und der Kochmöglichkeiten.

Zu den energiesparenden Maßnahmen rechnen vor allem Verminderung des Energie-

Liebe Leserin, lieber Leser!

Wenn Sie einzelne Teile dieser Volkszählungs-Serie nachbestellen möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Gemeinde-/Verbandsgemeindeverwaltung oder direkt an das Statistische Landesamt.

verbrauchs der zentralen Heizungsanlagen, Änderung von zentralen Heizungsanlagen für den Anschluß an die Fernwärmeversorgung, Nutzung von Energie durch Wärmepumpen und Solaranlagen. Hierzu liefern die Wohnungs- und Gebäudeangaben grundlegende Informationen über die Situation und das mögliche Förderungspotential, insbesondere über Größe, Ausstattung, Baualter und Energieversorgung der Wohnungen.

Für regionale Energiekonzepte, wie die Fernwärmeversorgung, werden Daten in kleinräumlicher Gliederung benötigt, damit die Realisierungsmöglichkeiten und Erfolgchancen entsprechender Projekte zutreffend beurteilt werden können.

Mit Hilfe der Angaben über Wohnverhältnisse, Gebäudeeigentümer und Gebäudeart lassen sich Aussagen über einzelne Zielgruppen der Modernisierung treffen, zum Beispiel Modernisierung durch Eigentümer oder Mieter. Da die Wohnungsmodernisierung auch die Miethöhe beeinflusst, sind vergleichende Informationen über monatliche Mietbeträge hier ebenfalls von Bedeutung.

Knapp 10% der für jede Gemeinde vorgesehenen Veröffentlichungsdaten betreffen die Frage der Beheizung. Dabei wird der verwendete Brennstoff bzw. die Wärmequelle in Beziehung gesetzt zu der Art der Heizung. hw

FÜR EIGENTÜMER, HAUPTMIETER

**5 a) Wird die Wohnung überwiegend
beheizt mit**

- Fern-, Blockheizung ☐
- Zentralheizung ☐
- Etagenheizung ☐
- Einzel- oder Mehrraumöfen (auch Elektrospeicher) ☐

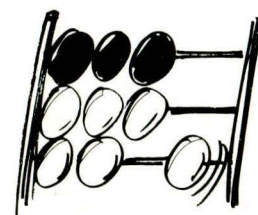
**b) Welcher Brennstoff, welche
Wärmequelle wird verwendet?**

- Gas ☐
- Heizöl ☐
- Strom ☐
- Kohle, Holz usw. ☐
- Fernwärme ☐
- Sonnenenergie, Wärmepumpe ☐

Mehrere
Antworten
möglich

Fragen zur Wohnung

Fragen 6 bis 10 des Wohnungsbogens



**Zehn Minuten,
die allen helfen.**

Der Grad der Wohnungsversorgung wird insbesondere durch die verfügbare Wohnfläche und die Belegungsdichte ermittelt. Ausgehend von der Raumzahl und der Größe der Wohnung (Fragen 6 und 7) lassen sich räumliche Disparitäten hinsichtlich der Belegungsdichte, Durchschnittsfläche pro Person bzw. Räume pro Person (insbesondere in Abhängigkeit von der sozialen Struktur der Haushalte) aufzeigen. Untervermietete und gewerblich genutzte Räume werden gesondert erhoben, um den allein für Wohnzwecke genutzten Wohnraum abgrenzen zu können. Ohne die Erfassung der Wohnungsgröße lassen sich keine Berechnungen der Miete je Quadratmeter vornehmen.

Öffentlich geförderte Wohnungen sind für einen gesetzlich festgelegten Personenkreis vorgesehen, dessen jährliches Familieneinkommen bestimmte Einkommensgrenzen nicht überschreiten darf. Diesen Personen sollen qualitativ ausreichend ausgestattete Wohnungen zu tragbaren Mietpreisen zur Verfügung gestellt oder der Erwerb von Wohneigentum ermöglicht werden. Genaue Zahlen über öffentlich geförderte Wohnungen und deren Verteilung liegen nicht vor. Über Frage 8 erfolgt sowohl eine Bestandsaufnahme als auch die Abschätzung des künftigen Bedarfs,

um eine zielgerichtete Formulierung möglicher Förderungsprogramme und die Festsetzung entsprechender Verteilungsschlüssel vornehmen zu können.

Die Höhe der Monatsmiete (Frage 9) ist wichtig für die Festlegung der Mietobergrenzen bei öffentlich geförderten Wohnungen und für Mietspiegel. Letztere sollen das Mietpreisgefüge im nicht preisgebundenen Wohnungsbestand möglichst transparent machen.

FÜR EIGENTÜMER, HAUPTMIETER

6 Wie viele Räume der Wohnung haben mindestens 6 Quadratmeter?
(ohne Küche, Bad, WC, Flur)

1 ☐ 4 ☐ 7 ☐
2 ☐ 5 ☐ 8 ☐
3 ☐ 6 ☐ 9 ☐
oder mehr ☐

Falls davon Räume untervermietet oder gewerblich genutzt sind:

a) Anzahl der untervermieteten Räume 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐
oder mehr ☐

b) Anzahl der gewerblich genutzten Räume 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐
oder mehr ☐

7 Wie groß ist die Fläche der gesamten Wohnung?
(einschließlich Küche, Bad, WC, Flur, Mansarden und ähnliches sowie untervermieteter oder gewerblich genutzter Räume in der Wohnung)

volle Quadratmeter

8 Ist die Wohnung mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus gefördert?

nein ☐
ja ☐

FÜR HAUPTMIETER

9 Wie hoch ist die Monatsmiete?
Zur Miete rechnen auch die monatlich aufzuwendenden Beträge für Wasser, Kanalisation, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Treppenhausbeleuchtung, Schornsteinreinigung.
Nicht zur Miete rechnen Umlagen für Zentralheizung, Warmwasserversorg., Garagenmiete, Untermieterzuschlag, Zuschlag für Möblierung.

volle DM

10 a) Handelt es sich um eine Dienst-, Werkswohnung, Berufs- oder Geschäftsmietwohnung?

nein ☐
ja ☐

b) Ist die Wohnung vom Eigentümer verbilligt, kostenlos überlassen oder ist die Miete wegen finanzieller Vorleistungen (z. B. Mieterdarlehen) ermäßigt?

nein ☐
ja ☐

Die vom Mieter zu tragenden Nebenkosten zählen definitionsgemäß und aus Gründen der Vergleichbarkeit mit früheren wohnungsstatistischen Ergebnissen nur zum Teil zur Miete. Nicht einbezogen werden unter anderem die Umlagen für Zentralheizung und Warmwasserverbrauch.

Bei der Auswertung der Mietangaben müssen Sonderfälle ausgegrenzt werden. Ermäßigte Mieten (zum Beispiel wegen finanzieller Vorleistung des Mieters in Form eines Mieterdarlehens) oder kostenlos abgegebene Wohnungen (Frage 10) setzen die Vergleichbarkeit ebenso herab wie Mieten, die für Dienst-, Werks-, Berufs- oder Geschäftsmietwohnungen gezahlt werden. Die Erhebung dieser Merkmale ist Voraussetzung, daß nur objektiv vergleichbare Mietangaben zusammengefaßt und ausgewertet werden.

hw

Schulden des Landes und der kommunalen Gebietskörperschaften

Zur Methode der Schuldenstatistik

Zum 31. Dezember eines jeden Jahres wird bei den Gebietskörperschaften und den anderen dem öffentlichen Bereich zuzuordnenden Körperschaften (mit Ausnahme der Sozialversicherungsträger) der Schuldenstand erfaßt und statistisch aufbereitet. Als Schulden werden die Beträge nachgewiesen, für die die Körperschaft Schuldner ist, unabhängig davon, wer den Schuldendienst trägt. Dazu gehören auch die Schulden des allgemeinen Kapital- und Grundvermögens, die Schulden für die in der Haushaltsrechnung erfaßten Unternehmen und die Schulden der den Körperschaften unterstehenden rechtlich unselbständigen Stiftungen und Sondervermögen. Nicht in die Schulden der kommunalen Körperschaften einzubeziehen sind die Schulden der Eigenbetriebe und der Krankenanstalten.

Eine Einbeziehung der Wirtschaftsunternehmen, für die Sonderrechnungen nach dem Eigenbetriebsrecht geführt oder die in rechtlich selbständiger Form betrie-

ben werden, in die Schuldenstatistik erübrigt sich deshalb, weil Angaben über die Schulden dieser Unternehmen bereits durch den detaillierten Nachweis der Verbindlichkeiten im Rahmen der Statistik der Finanzen der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen bereitgestellt werden. Die Schulden der kommunalen Eigenbetriebe werden allerdings daneben auch durch die Schuldenstatistik der Gemeinden (Gv.) mit erfaßt. Auch im Bereich der Zweckverbände sind bei der Schuldenstatistik die Zweckverbände, die den wirtschaftlichen Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen zuzurechnen sind und als Eigenbetriebe geführt werden, mit zu erfassen, um einen Gesamtüberblick zu vermitteln, der sich sonst nur schwer verwirklichen läßt, da die Statistik der Finanzen der öffentlichen Wirtschaftsunternehmen erst mit einem zeitlichen Abstand auf die Schuldenstatistik folgt. Die den wirtschaftlichen Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen zuzurechnenden und als Eigenbetriebe geführten Zweckverbände werden dabei getrennt nachgewiesen.

Schulden des Landes und der Gemeinden (Gv.) nach Schuldenarten 1979 – 1985

Schuldenart	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985
1 000 DM							
Land							
Schulden aus Kreditmarktmitteln	7 611 552	8 606 775	10 227 288	11 814 471	13 188 364	14 276 334	15 401 503
darunter:							
Schulden bei Banken und Sparkassen	6 762 248	7 673 046	9 067 582	10 006 350	10 400 666	10 749 019	11 546 593
Schulden bei Versicherungsunternehmen und Bausparkassen	268 302	446 024	687 249	1 316 340	1 986 437	2 605 830	3 048 356
Kredite von Sozialversicherungen	273 306	252 791	247 250	226 668	310 536	397 885	366 954
Ausgleichsforderungen	275 165	266 116	256 997	247 588	237 888	227 878	217 551
Auf fremde Währungen lautende Schulden	–	–	–	–	–	–	–
Schulden bei Verwaltungen	753 418	770 798	815 394	855 531	901 252	953 457	1 009 731
darunter:							
beim Bund	731 660	756 937	808 565	853 517	900 816	953 029	1 009 310
für Wohnungsbau	730 456	755 818	807 536	852 582	899 980	952 296	1 008 686
Fundierte Schulden insgesamt	8 640 135	9 643 689	11 299 679	12 917 590	14 327 504	15 457 669	16 628 785
Gemeinden (Gv.)							
Schulden aus Kreditmarktmitteln	5 620 518	5 808 745	6 199 517	6 562 343	6 758 377	6 855 665	7 038 891
darunter:							
Schulden bei Banken und Sparkassen	5 212 828	5 405 470	5 808 349	6 184 014	6 393 564	6 516 771	6 706 284
Schulden bei Versicherungsunternehmen und Bausparkassen	213 976	203 594	189 513	178 492	160 730	153 118	147 038
Kredite von Sozialversicherungen	170 783	177 237	176 985	176 217	173 475	165 410	166 656
Auf fremde Währungen lautende Schulden	–	9 976	51 455	51 615	63 085	62 485	39 947
Schulden bei Verwaltungen	270 996	256 277	239 187	231 181	208 785	195 694	195 262
darunter:							
beim ERP-Sondervermögen	95 118	90 814	87 598	87 678	70 195	61 449	53 926
bei Ländern	117 504	105 507	99 501	93 634	101 445	100 377	105 816
Fundierte Schulden insgesamt	5 891 514	6 074 998	6 490 159	6 845 139	7 030 247	7 113 844	7 274 100

Die Schulden der kommunalen Krankenanstalten werden nach dem gleichen Erhebungsschema wie die Schulden der kommunalen Gebietskörperschaften und der kommunalen Zweckverbände erfaßt und ebenfalls getrennt dargestellt. Für die Krankenanstalten des Landes entfällt dagegen die statistische Erhebung des Schuldenstandes und der Schuldenbewegung, da sie selbst nicht als Darlehensnehmer auftreten.

Schuldenstand der öffentlichen Körperschaften betrug 26,2 Mrd. DM

Ende 1985 hatten die öffentlichen Körperschaften insgesamt 26,2 Mrd. DM fundierte Schulden. Davon entfielen auf das Land 16,6 Mrd. DM (63,5 %), auf die Kommunen 7,3 Mrd. DM (27,8 %), auf die Eigenbetriebe 1,9 Mrd. DM (7,3 %) und auf die kommunalen Krankenanstalten 0,4 Mrd. DM (1,4 %). Seit 1979 hat sich der Schuldenstand um 64 % erhöht, wobei das Wachstumstempo bei den einzelnen Gruppen recht unterschiedlich war. In diesem Zeitraum weiteten insbesondere das Land (+ 93 %) und die Eigenbetriebe (+ 65 %) die Kreditnachfrage aus, während die Kommunen (+ 24 %) und deren Krankenanstalten (+ 12 %) ihre Schuldenaufnahmen niedrig hielten. Die Entwicklung des Schuldenstandes von Kommunen und Eigenbetrieben wird maßgeblich von der Tatsache beeinflusst, daß die Gemeinden in diesen Jahren Einrichtungen, insbesondere der Wasserversorgung und Entsorgung, aus ihren Haushalten ausgegliedert und auf Eigenbetriebe übertragen haben. Eine Zusammenfassung verdeutlicht, daß die Schulden dieses Bereichs unterdurchschnittlich zugenommen haben (+ 30 %).

Die Schulden des Landes resultierten überwiegend aus Kreditmarktmitteln, die von inländischen Banken und Sparkassen bereitgestellt wurden. Die Bedeutung

Entwicklung bestimmter Finanzierungs- und Belastungsquoten staatlicher und kommunaler Haushalte 1979 bis 1985

Kennzahl	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985
Land							
Steuerdeckungsquote	63,0	61,7	58,0	59,3	61,1	63,2	63,5
Kreditfinanzierungsquote	8,0	9,1	14,2	13,6	11,6	9,1	9,0
Zinslastquote	5,6	6,0	7,0	8,5	9,5	10,1	10,4
Schuldendienstbelastungsquote	11,3	12,4	13,5	17,4	18,9	21,2	20,9
Gemeinden (Gv.)							
Steuerdeckungsquote	37,4	40,0	35,7	36,7	37,5	41,7	42,1
Kreditfinanzierungsquote	4,1	4,1	5,7	5,6	3,9	1,6	2,3
Zinslastquote	6,2	6,3	7,4	8,5	7,4	6,9	6,7
Schuldendienstbelastungsquote	13,5	13,6	16,0	20,9	20,4	19,8	16,9

Steuerdeckungsquote: Steuern und steuerähnliche Abgaben bezogen auf die Gesamtausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge und haushaltstechnische Verrechnungen).

Kreditfinanzierungsquote: Nettokreditaufnahme bezogen auf Gesamtausgaben (wie oben).

Zinslastquote: Zinsausgaben bezogen auf die Gesamteinnahmen (ohne besondere Finanzierungsvorgänge und haushaltstechnische Verrechnungen).

Schuldendienstbelastungsquote: Zins- und Tilgungsausgaben bezogen auf Gesamteinnahmen (wie oben).

dieser Gläubigergruppe ist jedoch seit Jahren rückläufig, da das Land stärker auf die von Versicherungsunternehmen und Bausparkassen angebotenen Gelder zurückgriff. Nahezu jede fünfte geliehene Mark stammte 1985 aus diesen Quellen. In nennenswertem Umfang ist das Land darüber hinaus beim Bund verschuldet, dessen Mittel fast ausschließlich für den Wohnungsbau verwendet wurden. Das Land besaß im Gegensatz zu den Gemeinden (Gv.) keine auf fremde Währungen lautende Schulden, wohl aber nahm es 1984 bei ausländischen Geldgebern 4 Mill. DM auf.

Die Struktur der Schulden von Gemeinden (Gv.) weicht erheblich von derjenigen des Landes ab. Die Gemeinden (Gv.) sind in stärkerem Maße auf den Kreditmarkt angewiesen. Hier deckten sie 1985 insgesamt 97 % ihres Bedarfs; den restlichen Teil erhielten sie von Verwaltungen, und zwar insbesondere von den Ländern sowie vom Ausland. Das Land als Gläubiger dürfte zukünftig wachsende Bedeutung erlangen, da seit 1984 im Bereich der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung die Förderung nicht nur in Form von Zuweisungen, sondern verstärkt auf Darlehensbasis erfolgt. Wenn sich Gemeinden (Gv.) bei inländischen Kreditinstituten Geld ausliehen, dann geschah dies 1985 überwiegend bei Girozentralen. Bis 1983 waren die Sparkassen die größten Gläubiger der Kommunen. Anders als das Land hatten die Kommunen nur in geringem Umfang Schulden bei Bausparkassen und Versicherungsunternehmen, die darüber hinaus im Zeitablauf rückläufig waren.

Sinkende Nettokreditaufnahme

Die Nettokreditaufnahme erreichte sowohl beim Land als auch bei den Kommunen 1981 ihren höchsten Stand. Die Neuverschuldung des Landes stieg in diesem Jahr um 1 656 Mill. DM, die der Gemeinden (Gv.) um 431 Mill. DM. Seither ist sie von beiden Gebietskörperschaftsgruppen zurückgeführt worden, und zwar in besonderem Maße von den Gemeinden (Gv.), die 1985 zusätzlich 178 Mill. DM aufnahmen, 59 % weniger als 1981. Das Land hatte noch einen Nettokreditbedarf von 1 172 Mill. DM, was einen Rückgang gegenüber 1981 um 29 % bedeutet. Wird jedoch auf die aktuelle Entwicklung der Neuverschuldung abgestellt, so zeigt sich, daß 1985 sowohl das Land (+ 3,7 %) als auch die Kommunen (+ 50 %) einen Zuwachs verzeichnen.

Der hohe Kreditbedarf im Jahre 1981 war in erster Linie konjunkturell bedingt. Einerseits waren die Steuereinnahmen in diesem Jahr rückläufig. Das Land nahm 0,8 % und die Kommunen 4,5 % weniger Steuern ein. Gleichzeitig stiegen die Gesamtausgaben beim Land um 5,4 % und bei den Gemeinden (Gv.) um 7 %. In den folgenden Jahren konnte der Ausgabenzuwachs reduziert werden, so daß es bei wieder steigenden Steuereinnahmen gelang, die Haushalte zu konsolidieren und die Nettokreditaufnahme zu verringern. Diese Entwicklung vollzog sich allerdings vor dem Hintergrund sinkender Investitionsausgaben.

Das Land hat seit Jahren einen hohen Kreditbedarf. Im Jahre 1985 finanzierte es 9 % seiner gesamten Ausgaben über Kredite, 1979 waren es 8 % gewesen. Verglichen mit 1981, als die Neuverschuldung besonders

**Schuldenstand, -aufnahme und -tilgung der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie
Schulden der Eigenbetriebe und kommunalen Krankenanstalten nach Verwaltungsbezirken 1985**

Verwaltungsbezirk	Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände					Schulden der Eigen- betriebe am 31. 12. 1985	Schulden der Kranken- anstalten am 31. 12. 1985
	Schuldenstand am 31. 12. 1985		Schulden aus Kredit- markt- mitteln	Schulden- aufnahme	Schulden- tilgung		
	insgesamt						
				1985			
	1 000 DM	DM je Einwohner	1 000 DM				
Kreisfreie Städte	3 112 624	3 213	2 999 442	298 251	256 011	414 969	198 273
Koblenz	423 214	3 809	419 416	63 980	26 492	1 107	18 310
Trier	379 548	4 052	369 929	35 693	13 074	60 315	-
Frankenthal (Pfalz)	90 661	2 066	77 037	20 987	17 912	42 708	20 629
Kaiserslautern	211 154	2 162	205 350	37 104	34 672	118 742	10 855
Landau in der Pfalz	88 232	2 480	81 422	25 414	22 826	21 228	495
Ludwigshafen am Rhein	534 978	3 463	491 470	56 756	86 354	-	11 438
Mainz	574 908	3 055	568 829	13 000	21 021	-	-
Neustadt a. d. Weinstraße	214 719	4 423	208 646	10 000	6 422	27 481	-
Pirmasens	144 271	3 082	139 558	9 838	11 116	36 033	37 622
Speyer	110 289	2 532	107 759	8 368	3 933	38 865	18 120
Worms	255 742	3 546	246 483	8 861	8 746	58 128	80 804
Zweibrücken	84 908	2 566	83 543	8 250	3 443	10 362	-
Landkreise	4 133 142	1 559	4 011 116	725 618	588 656	1 485 848	149 849
darunter:							
Große kreisang. Städte	501 863	2 086	489 638	68 428	38 757	81 463	34 011
RB Koblenz	1 939 183	1 564	1 880 175	319 437	265 311	696 381	93 348
Ahrweiler	163 424	1 476	162 564	18 304	9 998	59 123	-
Altenkirchen (Ww.)	164 851	1 363	163 109	39 729	36 538	109 020	33 435
Bad Kreuznach	234 640	1 623	226 629	19 192	24 321	74 353	168
Bad Kreuznach, St	93 234	2 335	90 813	5 633	9 037	-	-
Birkenfeld	117 398	1 362	115 676	29 984	23 062	87 937	17 479
Idar-Oberstein, St	58 119	1 692	57 372	14 400	4 299	29 045	17 432
Cochem-Zell	76 434	1 281	71 007	15 993	10 879	18 400	-
Mayen-Koblenz	333 045	1 796	317 983	69 437	50 694	24 542	54
Andernach, St	60 701	2 276	59 284	7 485	4 066	-	-
Mayen, St	24 903	1 316	23 626	3 277	4 192	7 778	-
Neuwied	335 051	2 161	332 516	58 310	45 011	71 625	16 579
Neuwied, St	134 894	2 301	132 922	18 295	6 202	-	16 579
Rhein-Hunsrück-Kreis	68 009	753	63 547	5 137	6 605	47 783	12 618
Rhein-Lahn-Kreis	235 846	2 013	220 805	31 279	21 858	83 870	5 802
Lahnstein, St	52 404	2 849	50 673	8 462	7 492	6 001	-
Westerwaldkreis	210 485	1 238	206 339	32 072	36 345	119 728	7 213
RB Trier	657 889	1 751	638 374	189 511	155 867	264 263	29 498
Bernkastel-Wittlich	177 870	1 668	166 766	76 883	60 611	76 611	14 098
Bitburg-Prüm	166 412	1 891	162 816	17 063	13 720	73 513	-
Daun	104 741	1 866	102 386	17 350	11 736	56 880	-
Trier-Saarburg	208 866	1 672	206 406	78 215	69 800	57 259	15 400
RB Rheinhessen-Pfalz	1 536 070	1 485	1 492 567	216 670	167 478	525 204	27 003
Alzey-Worms	182 004	1 869	178 633	23 477	15 047	24 762	2 633
Bad Dürkheim	213 901	1 816	206 191	30 733	16 171	102 476	4 445
Donnersbergkreis	132 924	1 977	130 745	15 667	10 105	59 502	611
Germersheim	109 820	1 080	104 389	11 293	18 033	42 995	11 738
Kaiserslautern	92 155	973	90 941	17 716	12 797	48 825	-
Kusel	127 008	1 720	125 024	27 512	22 481	36 895	-
Südliche Weinstraße	77 127	811	73 151	14 820	8 311	66 028	7 576
Ludwigshafen	173 396	1 352	167 014	19 425	17 481	33 539	-
Mainz-Bingen	335 390	2 084	326 377	46 026	36 566	68 922	-
Bingen am Rhein, St	27 595	1 230	26 520	1 648	1 854	38 639	-
Ingelheim am Rhein, St	50 013	2 353	48 428	9 228	1 615	-	-
Pirmasens	92 345	946	90 102	10 001	10 486	41 260	-
Bezirksverband Pfalz	28 334	22	28 333	3 237	4 113	-	25 239
I n s g e s a m t	7 274 100	2 010	7 038 891	1 027 106	848 780	1 900 817	373 361

hoch war und die Kreditfinanzierungsquote 14,2 % betrug, ist eine deutliche Veränderung festzustellen. Dies trifft auch auf die Kommunen zu, die ihren kreditfinanzierten Anteil von 5,7 % im Jahre 1981 auf 2,3 % im Jahre 1985 reduzieren konnten. Ein uneingeschränkter Vergleich der Kreditfinanzierungsquoten von Land und Gemeinden (Gv.) ist nicht möglich, weil die haushaltsrechtlichen und haushaltswirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Schuldenaufnahme und -tilgung unterschiedlich sind. Die kommunale Verschuldung wird grundsätzlich durch die Auflage einer Erwirtschaftung der ordentlichen Tilgung im Verwaltungshaushalt, die Pflichtzuführung an den Vermögenshaushalt, begrenzt. Zur Ermittlung der Pflichtzuführung sind von der Summe der ordentlichen Tilgungen und Kreditbeschaffungskosten unter bestimmten Voraussetzungen die veranschlagten Vermögensveräußerungserlöse, Rücklagenentnahmen, Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen sowie die Beiträge und ähnliche Entgelte abzuziehen. Im staatlichen Bereich wird die Höhe der Verschuldung nur durch die Investitionsausgaben begrenzt, es sei denn, die in Art. 117 der Landesverfassung festgelegte Ausnahmeregelung erlaubt eine höhere Kreditaufnahme.

Uneinheitliche Schuldenentwicklung bei kommunalen Gebietskörperschaftsgruppen

Die Entwicklung des Schuldenstandes verlief bei den kommunalen Gebietskörperschaftsgruppen unterschiedlich. Von den gesamten Schulden in Höhe von 5 892 Mill. DM entfielen 1979 auf die kreisfreien Städte 46,1 %, auf die kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden 39,2 % sowie auf die Landkreise 14,3 % und auf den Bezirksverband Pfalz 0,3 %. Bis 1985 sank der Anteil der kreisfreien Städte auf 42,8 %. Stark gestiegen ist der Anteilswert der Landkreise, die nunmehr 16,5 % der Schulden auf sich vereinigen. Zugenommen hat auch die Quote der kreisangehörigen Gemeinden und Verbandsgemeinden.

Bezieht man den Schuldenstand auf die Einwohnerzahl, so ergibt sich Ende 1985 ein landesdurchschnittlicher Wert von 2 010 DM. Mit 3 213 DM je Einwohner liegen die kreisfreien Städte deutlich darüber. Neustadt verzeichnete mit 4 423 DM die mit Abstand höchste Pro-Kopf-Verschuldung, gefolgt von Trier (4 052 DM) und Koblenz (3 809 DM). Vergleichsweise niedrig war der Wert in Frankenthal (2 066 DM) und Kaiserslautern (2 162 DM). Ein Vergleich mit den Ergebnissen von 1979 zeigt, daß seinerzeit Neustadt (3 719 DM), Worms (3 228 DM) und Koblenz (3 111 DM) die höchsten Schuldenstände aufwiesen, während Landau (1 546 DM), Speyer (1 846 DM) und Frankenthal (1 972 DM) am unteren Ende lagen.

Die Schulden der kreisangehörigen Gemeinden, Verbandsgemeinden und Landkreise betrugen 1985 insgesamt 1 559 DM je Einwohner und lagen damit deutlich unter dem Durchschnitt der kreisfreien Städte. Die höchste Pro-Kopf-Verschuldung wiesen die Kommunen im Regierungsbezirk Trier auf. Seit 1979 ist sie um 44 % auf 1 751 DM gestiegen. Der Landkreisbereich Rheinhessen-Pfalz hatte 1985 mit 1 485 DM je Einwohner die geringsten Schulden. Die Spanne zwischen Mainz-Bingen (2 084 DM) und Südliche Weinstraße (811 DM) war

allerdings sehr groß. Die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung wies der Landkreisbereich im Rhein-Hunsrück-Kreis auf (753 DM). Gegenüber 1979 wurde hier darüber hinaus der Schuldenstand um 401 DM je Einwohner reduziert. Dies ist allerdings darauf zurückzuführen, daß ab 1983 die Schulden des Krankenhauses nicht mehr vom Landkreis verwaltet werden.

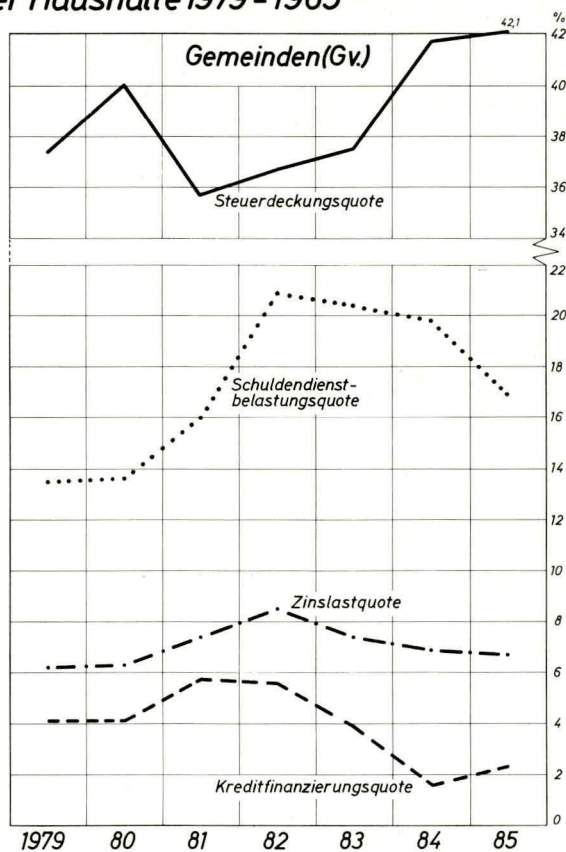
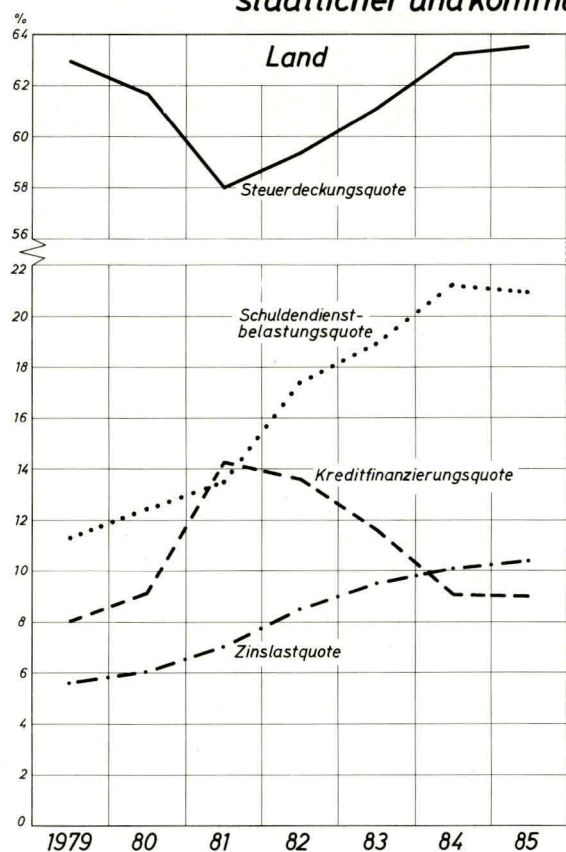
Die großen kreisangehörigen Städte hatten eine überdurchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung. Der höchste Wert wurde in Lahnstein mit 2 849 DM registriert. Auch 1979 hatte Lahnstein die höchste Quote. Auf jeden Einwohner der Stadt Bingen entfielen 1 230 DM und damit 144 DM weniger als 1979. Im gleichen Zeitraum konnte auch die Stadt Mayen den Schuldenstand um 131 DM auf 1 316 DM abbauen. Der Rückgang in den beiden Städten errechnet sich, weil bestimmte Einrichtungen 1981 bzw. 1983 aus den jeweiligen Haushalten ausgegliedert worden sind.

Die oben aufgeführten Beispiele verdeutlichen, daß ein Vergleich des Schuldenstandes sowohl zwischen den einzelnen Gebietskörperschaften als auch in der zeitlichen Entwicklung durch vielfältige Faktoren beeinträchtigt wird. Ein direkter Vergleich einzelner öffentlicher Körperschaften miteinander erfordert deshalb die Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse.

Steigende Schuldenbelastung des Staatshaushalts

Die absolute Höhe des Schuldenstandes reicht allein zur Beurteilung des Verschuldungsgrades nicht aus. Wird der Schuldenstand auf die Steuereinnahmen (netto und ohne Finanzausgleich) bezogen, ergibt sich eine Kennziffer, die aussagt, wie oft die Steuereinnahmen anfallen müßten, um den Schuldenstand zu decken. Ende 1985 belief sich dieser Wert für das Land auf 2,03 und erreichte damit einen Höchststand, nachdem 1979 die Quote 1,34 betragen hatte. Ein Vergleich dieser Zahlen verdeutlicht, daß die Verschuldung stärker gestiegen ist als die Steuereinnahmen. Diese Aussage wird auch durch die Entwicklung von Finanzierungsquoten des Staatshaushalts bestätigt. 1985 deckte das Land 63,5 % seiner gesamten Ausgaben über Steuern und steuerähnliche Abgaben und 9 % durch Kredite. Die entsprechenden Vergleichswerte aus dem Jahr 1979 belaufen sich auf 63 % bzw. 8 %. Die geringfügig verbesserte Steuerdeckung ist ein Erfolg der Haushaltskonsolidierung insofern, als der Anstieg der Gesamtausgaben hinter dem der Steuereinnahmen zurückblieb. Die Belastung des Haushalts infolge der Kreditfinanzierung wird dadurch aber noch nicht widergegeben. Man muß deshalb die Ausgaben für Zinsen und Tilgung in den Vergleich mit einbeziehen. Die Schuldendienstbelastungsquote, das ist das Verhältnis der Zins- und Tilgungsausgaben zu den Gesamteinnahmen, hat sich im genannten Zeitraum von 11,3 % auf 20,9 % gesteigert. Das Land hat 1985 also mehr als jede fünfte eingenommene Mark für den Schuldendienst ausgegeben. Allein für den Zinsendienst mußte das Land 1985 insgesamt 10,4 % seiner Gesamteinnahmen verwenden, 1979 waren es 5,6 %. Diese Entwicklung wirkte sich auch auf die Ausgabenstruktur aus. 1979 wendete das Land 5,2 % seiner Ausgaben nur für Zinszahlungen auf. Bis 1985 hat sich diese Quote auf 9,5 % erhöht.

Entwicklung bestimmter Finanzierungs- und Belastungsquoten staatlicher und kommunaler Haushalte 1979 - 1985



Steuerdeckungsquote: Steuern und steuerähnliche Abgaben bezogen auf die Gesamtausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge und haushaltstechnische Verrechnungen).
 Kreditfinanzierungsquote: Nettokreditaufnahme bezogen auf Gesamtausgaben (wie oben).
 Zinslastquote: Zinsausgaben bezogen auf die Gesamteinnahmen (ohne besondere Finanzierungsvorgänge und haushaltstechnische Verrechnungen).
 Schuldendienstbelastungsquote: Zins- und Tilgungsausgaben bezogen auf Gesamteinnahmen (wie oben).

66/86

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ L

Während sich beim Land die Relation Schulden zu Steuereinnahmen verschlechtert hat, ist bei den Kommunen eine Verbesserung von 2,62 im Jahre 1979 auf 2,30 im Jahre 1985 eingetreten, weil deren Steuereinnahmen stärker gestiegen sind und es ihnen gelang, die Neuverschuldung geringer zu halten. Die Relation Schulden zu Steuereinnahmen ist bei den Kommunen größer als beim Land, weil die Gemeinden (Gv.) neben den Steuereinnahmen noch Zuweisungen und Zuschüsse vom Land als eine bedeutende Finanzierungsquelle haben. 1985 betrug die Steuerdeckungsquote 42,1 %. Verglichen mit 1979, als 37,4 % der Gesamtausgaben durch Steuern und steuerähnliche

Abgaben finanziert wurden, ist eine deutliche Verbesserung eingetreten. Im gleichen Zeitraum konnte die Kreditfinanzierungsquote von 4,1 % auf 2,3 % verringert werden.

Trotzdem ist die Belastung der kommunalen Haushalte in dieser Zeit gestiegen. Die Schuldendienstbelastungsquote stieg von 13,5 % im Jahre 1979 auf 20,9 % im Jahre 1982, reduzierte sich dann bis 1985 auf 16,9 %. Allein für die Zinszahlungen wurden im vergangenen Jahr 6,7 % der gesamten Einnahmen verbraucht.

Diplom-Volkswirt Rudolf Lamping

Die Deutsche Bundesbahn als Verkehrsträger 1970 bis 1986

Nachhaltige Sanierungsmaßnahmen erforderlich

Die Deutsche Bundesbahn hat in den letzten Jahrzehnten unter den Verkehrsträgern ständig an Bedeutung verloren. So sank zwischen den 60er und 80er Jahren ihr Anteil am Personenverkehrsaufkommen von rund 16 auf 8 %, an den Gütertransporten von 45 auf

30 %. Dennoch bleibt das Verkehrsangebot der Bundesbahn auch in Zukunft für eine Reihe wichtiger Bereiche der Volkswirtschaft unverzichtbar. Als wesentliche Vorzüge der Eisenbahn sind vor allem ein relativ geringer Flächenbedarf, sparsamer Energieverbrauch, hohe Umweltverträglichkeit und die besondere Eignung für den Massenverkehr, namentlich in Ballungsgebieten, zu nennen.

Nach dem Anfang der 80er Jahre eingeführten marktwirtschaftlich orientierten Unternehmenskonzept wird von 1985 bis 1990 eine Produktivitätssteigerung um rund 40 % angestrebt, verbunden mit einer Senkung der Gesamtkosten um 25 %, darunter der Personalkosten um 30 %. Diese Rationalisierungsziele sind nur durch eine systematische Verringerung des Personalbestands realisierbar. So nahm allein im Jahre 1985 die Zahl der bei der Bundesbahn Beschäftigten im Bundesgebiet um fast 11 000 auf 294 710 ab. Für 1986 ist eine Reduzierung um fast 12 500 Bedienstete vorgesehen. Noch im Jahre 1980 waren bei der Deutschen Bundesbahn 344 690 Personen beschäftigt gewesen (1972: 424 700).

Während sich 1960 der Jahresverlust der Bundesbahn auf rund 14 Mill. DM gestellt hatte, mußten in den vergangenen Jahren teils Beträge von über 4 Mrd. DM hingenommen werden. Dank des inzwischen eingeleiteten umfassenden Rationalisierungsprozesses lag 1985 erstmals nach mehr als zehn Jahren der Fehlbetrag wieder unter 3 Mrd. DM. Dabei wurden seitens der Bundesbahn Gesamtausgaben in der Größenordnung von 30,5 Mrd. DM ermittelt, die zu zwei Dritteln personell bedingt waren.

Zukunftsträchtige Investitionsstrategie

Die Maßnahmen zur Rationalisierung der Deutschen Bundesbahn betreffen sowohl die Führungs- bzw. Organisationsstruktur als auch den technischen Bereich. Da in der Bundesrepublik die wichtigsten Nord-Süd-Verbindungen überlastet sind, befinden sich derzeit bereits zwei zusätzliche Neubaustrecken für den künftigen Schienenschnellverkehr – das heißt für Geschwindigkeiten von 200 bis 250 Stundenkilometer – im Bau. Es sind die Abschnitte Mannheim-Stuttgart (100 km) und Hannover-Würzburg (330 km), deren Inbetriebnahme noch in der ersten Hälfte der 90er Jahre vorgesehen ist. Nach den vorliegenden Planungen soll der Deutschen Bundesbahn schon im Jahre 2000 ein Gleisnetz von insgesamt 3 200 km für den Personen- und Güterschnellverkehr zur Verfügung stehen.

Der moderne Schienenverkehr weist gerade bei mittleren Reiseentfernungen gegenüber den anderen Verkehrsmitteln besondere Vorteile auf. Nach einer Untersuchung des Bundesverkehrsministeriums aus dem Jahre 1983 entfiel bei Entfernungen von 300 bis 500 km – also etwa der halben Nord-Süd-Ausdehnung der Bundesrepublik – jede vierte Reise auf die Bahn. Im Hinblick auf die bereits mittelfristig geplante Weiterentwicklung des Fahrzeugparks und des Streckennetzes lautet deren Werbedevise für den Fernverkehr „Doppelt so schnell wie der PKW, halb so schnell wie das Flugzeug“. Hinzu kommt, daß auch in Zukunft vor allem in den Ballungszentren eine intensive Beteiligung der Bundesbahn am öffentlichen Personennahverkehr unverzichtbar sein wird.

Bereits seit Mitte der 70er Jahre setzt die Deutsche Bundesbahn jährlich bis zu 4 Mrd. DM für Ersatz- und Neuinvestitionen ein. Im Jahre 1985 wurde der bisherige Höchstbetrag von 5,8 Mrd. DM investiert. Gemäß dem am 18. September 1985 beschlossenen Bundesverkehrswegeplan sind von 1986 bis 1995 rund 35 Mrd. DM

an Investitionen für den Ausbau des Streckennetzes vorgesehen. Neben der Anlage der beiden Neubaustrecken sollen bis Ende der 80er Jahre weitere 1 100 km des vorhandenen Streckennetzes für die Erfordernisse des künftigen Schnellverkehrs hergerichtet werden (Ausbauabschnitte).

Bei der näheren Betrachtung der Investitionstätigkeit der Deutschen Bundesbahn ist insbesondere deren spezielle Ertragssituation zu berücksichtigen, wobei die regelmäßigen Betriebsverluste die Möglichkeit der Selbstfinanzierung ausschließen. Die Investitionen der Bahn beliefen sich in den letzten Jahren auf rund 15 % des Umsatzes. Demgegenüber errechnen sich für größtmäßig vergleichbare Wirtschaftsunternehmen Investitionsquoten, die im allgemeinen höchstens halb so hoch sind.

Vergleicht man die Investitionen mit dem Anlagevermögen, zu dessen Erhaltung, Modernisierung und Erweiterung die eingesetzten Mittel namentlich bestimmt sind, so entspricht die Relation der Bundesbahn lediglich einem Bruchteil der bei florierenden Wirtschaftsunternehmen üblichen Rate. Im Jahre 1981 hatten sich die Investitionen der Bahn auf etwa 8 % ihres Anlagevermögens gestellt. Indessen wiesen beispielsweise in ihren Geschäftsberichten die Firmen Daimler-Benz (48 %), Siemens (33 %), BBC (27 %) und die Luft-hansa (26 %) wesentlich höhere Quoten aus.

2 500 km Schienenstrecken in Rheinland-Pfalz

Ende 1985 belief sich in Rheinland-Pfalz das Schienennetz der Deutschen Bundesbahn auf 2 501 km, wovon 658 km elektrisch betrieben werden. Zu den elektrifizierten Strecken zählen die beiden Rheintallinien, die Strecke von Mannheim über Ludwigshafen und Kaiserslautern nach Saarbrücken, die Moselstrecke, die Siegtalroute sowie der Abschnitt Wörth-Karlsruhe. Im Bundesgebiet sind insgesamt 27 634 km Schienenstrecken vorhanden, wovon 11 396 km elektrisch betrieben werden.

Zwischen 1975 und 1985 reduzierte sich in Rheinland-Pfalz das Schienennetz um 4 %, die Länge der elektrifizierten Strecken nahm um 1,1 % zu. Bundesweit machten die Veränderungen rund – 4 bzw. + 10 % aus. Dabei ist zu beachten, daß die Deutsche Bundesbahn derzeit etwa 85 % ihrer Leistungen im elektrisch betriebenen Schienenverkehr erbringt, wobei der Bahnstrom vorwiegend aus Kohle und Wasserkraft gewonnen wird.

In Rheinland-Pfalz gab es im Jahre 1985 insgesamt 351 Bahnhöfe, 163 Haltepunkte und 63 Haltestellen für den Schienenverkehr. Von den Bahnhöfen lagen 217 an Haupt- und 134 an Nebenstrecken. Die Zahl der niveaugleichen Bundesbahnübergänge nahm binnen zehn Jahren um 15 % auf 2 008 ab, die der beschränkten Übergänge um 33 % auf 538. Dagegen stieg die Zahl der nur mit Blinklichtanlage gesicherten Bahnübergänge um mehr als ein Viertel auf 416.

Die Produktivität des Schienenverkehrs der Deutschen Bundesbahn bezifferte sich im Jahre 1985 bundesweit auf 104 204 Wagenachs-Kilometer je beschäftigter Person. Im Jahre 1976 waren es 70 694 gewesen, woraus eine Steigerung um 47 % resultiert.

Schienennetz der Deutschen Bundesbahn in Rheinland-Pfalz

Mit Genehmigung der Deutschen Bundesbahn
„Ressort Technik“ vom 2.9.1986 Az.: Nr. B7 123 Mainz
Verielfältigt durch:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Bad Ems



**Bundesbahn Rheinland-Pfalz
am 31. Dezember 1975, 1980 und 1985**

Berichtsmerkmal	1975	1980	1985
Bahnhöfe	420	389	351
Hauptbahnen	256	236	217
Nebenbahnen	164	153	134
Haltepunkte	189	193	163
Hauptbahnen	94	96	92
Nebenbahnen	95	97	71
Haltestellen	93	109	63
Hauptbahnen	29	41	32
Nebenbahnen	64	68	31
Eigentumslänge (km)	2 605	2 587	2 501
Hauptbahnen (km)	1 524	1 477	1 396
Nebenbahnen (km)	1 081	1 110	1 105
Elektrifiziert (km)	651	658	658
Niveaugleiche Bahn- übergänge	2 372	2 202	2 008
mit technischer Sicherung	1 130	1 034	954
mit Schranken	801	660	538
mit Blinklichtanlagen	329	374	416
ohne technische Sicherung	1 242	1 168	1 054
Bahnübergänge im Zuge von klassifizierten Straßen	549	516	477
innerhalb von Ortschaften	300	284	265
sonstigen Straßen	1 823	1 686	1 531
innerhalb von Ortschaften	501	453	417

Nahezu 13,5 Mill. Fahrausweise verkauft

Im Jahre 1985 verkaufte die Deutsche Bundesbahn in Rheinland-Pfalz fast 13,5 Mill. Fahrausweise für den Schienenverkehr. Hiervon waren 93 % Einzelfahrkarten und 7 % Zeitkarten für den Berufs- oder Schülerverkehr. Zwischen 1975 und 1985 ging die Zahl aller verkauften Fahrausweise und darunter der Einzelfahrkarten jeweils um 37 % zurück.

Die Bahn beförderte im Jahre 1985 bundesweit rund 1 037 Mill. Personen auf der Schiene. Es entfielen 36 % auf den allgemeinen Nahverkehr, 31 % auf den Berufs-, 20 % auf den Schülerverkehr und 13 % auf den Fernverkehr mit Reiseweiten von mehr als 50 km. Im Schienenverkehr wurden insgesamt 42,3 Mrd. Personenkilometer geleistet, um 14 % mehr als im Jahre 1976. Während dieses Zeitraums nahm die Zahl der Beförderungsfälle um 6,8 %, die der von den Personenzügen geleisteten Zugkilometer um 0,8 % zu (Achskilometer + 3,4 %).

**Entwicklung des Güterverkehrs
der Deutschen Bundesbahn in Rheinland-Pfalz
1970 – 1985**

Jahr	Umschlag	Versand	Empfang
	1 000 t		
1970	23 935	13 687	10 248
1971	22 947	13 263	9 684
1972	23 019	13 256	9 763
1973	21 955	12 527	9 428
1974	21 045	11 645	9 400
1975	17 338	9 803	7 535
1976	17 940	9 872	8 068
1977	17 205	9 680	7 525
1978	17 057	9 753	7 304
1979	18 782	10 738	8 044
1980	18 945	10 804	8 141
1981	18 695	10 026	8 669
1982	17 188	9 266	7 922
1983	16 201	8 830	7 371
1984	16 143	8 612	7 531
1985	16 437	8 865	7 572

In Rheinland-Pfalz werden derzeit von der Bundesbahn mehr als 1 630 Schienenkilometer für den Personenverkehr genutzt. Nach einer Verlautbarung des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr beabsichtigt die Bahn in vertraglicher Zusammenarbeit mit dem Land – unter dem Vorbehalt eines bestimmten Mindesttransportaufkommens – voraussichtlich ab 1988 auf insgesamt 28 Strecken von rund 1 300 km Länge den Personenverkehr durch attraktivere Beförderungsbedingungen längerfristig zu sichern. Hierzu zählen insbesondere höhere Reisegeschwindigkeiten, der Einsatz von komfortableren Fahrzeugen und der Übergang zu Taktfahrplänen.

Organisationsstruktur

Die Deutsche Bundesbahn ist ein nach kaufmännischen Prinzipien geführtes Dienstleistungsunternehmen mit gemeinwirtschaftlichem Auftrag in Bundes-eigentum. Der konstitutive Rahmen des Unternehmens wird durch das Bundesbahngesetz (BBG) vom 13. Dezember 1951, zuletzt geändert am 22. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1689), vorgegeben. Dieses regelt die Aufgaben der Bahn und deren Beziehungen zu den Verwaltungen des Bundes und der Länder. Weiterhin grenzt es die Kompetenzen des Bundesministeriums für Verkehr in Vertretung des Eigentümers sowie die der Bundesbahn-Organen, das heißt des Verwaltungsrats und des Vorstands, ab.

**Güterumschlag der wichtigsten Verkehrsträger
1975 – 1985**

Jahr	Insgesamt	Fernverkehr mit LKW	Binnen- schifffahrt	Eisenbahn
	1 000 t	Anteil in %		
1975	77 278	35,8	41,7	22,5
1976	84 203	38,2	40,5	21,3
1977	85 174	38,7	41,1	20,2
1978	88 748	39,5	41,3	19,2
1979	93 073	39,1	40,7	20,2
1980	93 238	39,6	40,1	20,3
1981	89 819	40,7	38,5	20,8
1982	86 598	42,0	38,2	19,8
1983	86 903	44,7	36,7	18,6
1984	87 857	45,6	36,0	18,4
1985	85 815	47,5	33,3	19,2

Das Schienennetz der Bahn ist bundesweit auf die zehn Direktionsbezirke Essen, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Köln, München, Nürnberg, Saarbrücken und Stuttgart aufgeteilt. Die Bundesbahndirektionen stellen jeweils die regionale Leitungsebene dar und sind für alle Fragen verantwortlich, die nicht ausdrücklich der Frankfurter Hauptverwaltung und den ihr zugeordneten Zentralstellen vorbehalten werden.

Für Rheinland-Pfalz sind die fünf Direktionen Essen, Frankfurt, Karlsruhe, Köln und Saarbrücken zuständig. Da sich alle diese fünf Stellen außerhalb des Landes befinden, wird die Zusammenarbeit mit den regionalen Planungs- und Raumordnungsbehörden teils erheblich erschwert. Aus diesem Grunde befürwortet die Landesregierung eine künftige Neuordnung der regionalen Leitungsebene durch die Einrichtung von Regionaldezernaten innerhalb des Landes, wodurch bestimmte Zuständigkeiten der Bundesbahndirektionen in die betroffenen Gebiete verlagert würden. Eine entspre-

Verkehrsleistungen der Deutschen Bundesbahn im Schienenverkehr in Rheinland-Pfalz 1975, 1980 und 1985

Fahrausweise Beförderte Güter	1975	1980	1985
Verkaufte Fahrausweise (1000)	21 342	17 526	13 455
Wochenkarten für den Berufsverkehr	521	355	214
Wochenkarten für den Schülerverkehr	150	239	191
Monatskarten für den Berufsverkehr	346	249	181
Monatskarten für den Schülerverkehr	270	438	321
Sonstige Fahrausweise	20 055	16 245	12 549
Beförderte Güter (1000 t)			
Umschlag	17 338	18 945	16 437
Versand	9 803	10 804	8 865
Empfang	7 535	8 141	7 572
Versand nach			
Rheinland-Pfalz	1 372	1 358	1 262
anderen Bundesländern	7 268	7 924	5 555
dem Ausland	1 163	1 522	2 048
Empfang aus			
Rheinland-Pfalz	1 362	1 358	1 262
anderen Bundesländern	5 054	5 459	5 324
dem Ausland	1 119	1 324	986

chende Organisationsform mit bundesweitem Modellcharakter wird derzeit im Bereich Koblenz erprobt.

Mehr als 16,4 Mill. t Waren befördert

Im Jahre 1985 wurden in Rheinland-Pfalz über 16,4 Mill. t Güter auf Waggonen der Deutschen Bundesbahn umgeschlagen. Diese Leistung betraf zu 54 % den Warenversand und zu 46 % den Empfang. Gegenüber 1975 ging die Umschlagsmenge um 5,2 % zurück. Während die Verladungen noch stärker abnahmen (-9,6 %), zeigten die Gütereinfänge einen leichten Anstieg (+0,5 %).

Von den im Jahre 1985 versandten Waren gelangten 62 % nach Bestimmungsorten in anderen Bundeslän-

dern. Es folgen Ziele im Ausland (23 %) und innerhalb von Rheinland-Pfalz (14 %). Die im Jahre 1975 verladene Gütermenge war zu fast drei Vierteln für andere Bundesländer bestimmt gewesen. Bei den Entladungen kommt den Ursprungsorten innerhalb der Landesgrenzen (17 %) eine größere Bedeutung zu als den Verladestationen im Ausland (13 %).

Mehr als ein Drittel der im Jahre 1985 mit der Bundesbahn versandten Güter waren Steine und Erden (19 %) oder chemische Produkte (15 %). Es folgen Erdöl, Mineralölzeugnisse und Gase (13 %), land- und forstwirtschaftliche Produkte (13 %), Düngemittel (12 %) sowie Fahrzeuge und Maschinen (11 %). Im Jahre 1975 hatten allein Steine und Erden 26 % aller Verladungen ausgemacht.

Unter den im Jahre 1985 per Bundesbahn empfangenen Waren führten Eisen, Stahl und NE-Metalle sowie Chemieerzeugnisse mit Anteilen von 29 bzw. 14 %. Im Jahre 1975 hatten diese Gütergruppen bei den Entladungen ebenfalls an der Spitze gelegen.

Von den drei wichtigsten Verkehrsträgern wurden im Jahre 1985 in Rheinland-Pfalz knapp 86 Mill. t Güter umgeschlagen. Davon entfielen 48 % auf den Fernverkehr mit Lastkraftwagen, 33 % auf die Binnenschifffahrt und 19 % auf die Eisenbahn. Im Vergleich zum Jahre 1975, als ein gesamtes Umschlagsvolumen von 77 Mill. t ermittelt worden war, nahm der Anteil der LKW-Transporte um rund 12 Prozentpunkte zu. Dagegen gingen die Quoten der Binnenschifffahrt und der Bahn um 8,4 bzw. 3,3 Punkte zurück.

Die Gütertransporte der Deutschen Bundesbahn lagen im Jahre 1985 um 31 % unter dem Ergebnis von 1970. Dabei reduzierte sich der Warenversand um 35 %, der Empfang um 26 %.

Diplom-Wirtschaftsingenieur Helmut Peifer

Unternehmen des Handels und Gastgewerbes 1979 und 1985

Die in größeren Zeitabständen als totale Bestandsaufnahmen durchgeführten Handels- und Gaststättenzählungen liefern instruktive Strukturdaten über den Handel und das Gastgewerbe. Gleichzeitig bilden die Ergebnisse die Basis zur Auswahl der Firmenberichts-kreise des laufenden repräsentativen Berichtssystems für die einzelnen Teilbereiche. Sowohl der Handel als auch das Gastgewerbe sind relativ stark mit klein- und mittelständischen Unternehmen besetzt, wobei eine überdurchschnittliche Fluktuationsquote zu berücksichtigen war.

Rechtsgrundlage des Zensus ist das Gesetz über die Statistik im Handel und Gastgewerbe (Handelsstatistikgesetz) vom 10. November 1978 (BGBl. I S. 1733). Zum 29. März 1985 (Bereiche des Handels) und 31. Mai 1985 (Gastgewerbe) wurde damit nach den Jahren 1960, 1968 und 1979 zum viertenmal eine totale Handelsstatistik durchgeführt. Künftig sind diese Erhebungen im Turnus von zehn Jahren vorgesehen, wobei das Handelsstatistikgesetz im Bedarfsfalle auch kürzere

Abstände zuläßt. Im Hinblick auf die strengen Anforderungen des Bundesverfassungsgerichtsurteils zum Volkszählungsgesetz 1983 an die Normenklarheit mußte das Frageprogramm der Zählung 1985 gegenüber dem vorhergehenden Zensus um einige Tatbestände gekürzt werden.

Die nunmehr vorliegenden ersten Unternehmensergebnisse bieten vor allem wichtige Anhaltspunkte für eine fundierte Beurteilung der aktuellen Wettbewerbssituation im Handel und Gastgewerbe. Besondere Bedeutung kommt den Ergebnissen, die sich auf alle in Rheinland-Pfalz ansässigen Unternehmen bzw. Hauptniederlassungen einschließlich deren Zweigniederlassungen innerhalb und außerhalb des Landes beziehen, angesichts der längerfristig beobachteten strukturellen Wandlungen zu. Dabei unterliegen namentlich die Bereiche des Handels nach wie vor einer ausgeprägten Konzentration. Angaben für örtliche Niederlassungen bzw. Betriebe oder Geschäfte, deren Bereitstellung

Unternehmen des Handels und des Gastgewerbes nach Wirtschaftsbereichen und -gruppen 1979 und 1985

Wirtschaftsgruppen	Unternehmen ¹⁾			Beschäftigte ¹⁾			Umsatz ^{2) 3)}			Beschäftigte 1985 je Unter- nehmen	Umsatz 1984 je Beschäf- tigten
	1979	1985	Verän- derung	1979	1985	Verän- derung	1978	1984	Verän- derung		
	Anzahl		%	Anzahl		%	Mill. DM		%		
Großhandel mit											
Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren	693	573	- 17,3	3 625	2 609	- 28,0	1 623	1 676	3,3	4,6	642
Textilien, Rohstoffen und Halbwaren, Häuten usw.	38	43	13,2	233	385	65,2	124	224	81,0	9,0	581
Technischen Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk	26	32	23,1	340	213	- 37,4	72	73	0,7	6,7	342
Fest-Brennstoffen, Mineralerzeugnissen	122	93	- 23,8	1 291	1 022	- 20,8	1 153	2 616	127,0	11,0	2 560
Erzen, Stahl, NE-Metallen usw.	56	68	21,4	1 771	1 501	- 15,3	952	857	- 9,9	22,1	571
Holz, Baustoffen, Installationsbedarf	626	567	- 9,4	7 698	7 706	0,1	2 088	3 094	48,2	13,6	401
Altmaterial, Reststoffen	401	375	- 6,5	1 180	1 237	4,8	162	336	107,0	3,3	272
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	2 052	1 892	- 7,8	16 234	16 804	3,5	6 025	8 798	46,0	8,9	524
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	360	306	- 15,0	3 027	2 063	- 31,9	788	784	- 0,5	6,7	380
Metallwaren, Einrichtungsgegenständen	566	625	10,4	6 603	6 918	4,8	1 514	2 401	58,6	11,1	347
Feinmechanischen und optischen Erzeug- nissen, Schmuck usw.	316	314	- 0,6	1 179	1 403	19,0	229	347	51,4	4,5	247
Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf	886	897	1,2	7 911	7 596	- 4,0	2 435	3 026	24,3	8,5	398
Pharmazeutischen und kosmetischen und ähnlichen Erzeugnissen	131	245	87,0	2 694	2 270	- 15,7	839	727	- 13,3	9,3	320
Papier, Druckerzeugnissen, Waren verschiedener Art o.a.S.	182	222	22,0	1 874	2 350	25,4	382	759	98,8	10,6	323
Insgesamt	6 455	6 252	- 3,1	55 660	54 077	- 2,8	18 385	25 717	39,9	8,7	476
Handelsvermittlung (einschließlich Agenturtankstellen)											
Vermittlung von:											
landwirtschaftlichen Grundstoffen, Tieren, Textilien, Rohstoffen usw.	102	71	- 30,4	336	182	- 45,8	49	19	- 60,1	2,6	107
technischen Chemikalien, Erzeugnissen, Holz, Baustoffen usw.	287	346	20,6	628	667	6,2	36	49	38,4	1,9	74
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	648	431	- 33,5	1 379	1 052	- 23,7	73	80	9,8	2,4	76
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	522	500	- 4,2	903	937	3,8	46	82	79,2	1,9	87
Metallwaren, Einrichtungsgegenständen	541	602	11,3	1 112	1 118	0,5	54	76	39,9	1,9	68
feinmechanischen und optischen Erzeug- nissen; Schmuck usw.	63	74	17,5	163	174	6,8	8	12	37,8	2,4	67
Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf	421	432	2,6	876	954	8,9	43	91	111,9	2,2	95
sonstigen Waren, Waren verschiedener Art o.a.S.	326	405	24,2	515	646	25,4	22	44	98,7	1,6	68
Versandhandelsvertretung	365	203	- 44,4	498	325	- 34,7	12	21	79,1	1,6	64
Insgesamt	4 196	3 624	- 13,6	9 282	8 179	- 11,9	469	641	36,7	2,3	78
Einzelhandel (ohne Agenturtankstellen) mit											
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	7 824	6 120	- 21,8	28 367	28 039	- 1,2	3 957	5 383	36,0	4,6	192
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	3 999	4 153	3,9	22 690	24 526	8,1	2 165	3 230	49,2	5,9	132
Einrichtungsgegenständen (ohne Elektro- technik usw.)	1 999	2 125	6,3	8 915	10 391	16,6	1 336	1 833	37,2	4,9	176
Elektrotechnischen Erzeugnissen, Musik- instrumenten usw.	919	941	2,4	4 247	4 298	1,2	517	681	31,7	4,6	158
Papierwaren, Druckerzeugnissen, Büro- maschinen	864	851	- 1,5	3 377	3 542	4,9	364	458	26,1	4,2	129
Pharmazeutischen, kosmetischen und medizinischen Erzeugnissen usw.	1 563	1 741	11,4	8 455	9 614	13,7	1 141	1 757	54,0	5,5	183
Kraft- und Schmierstoffen (Tankstellen ohne Agenturtankstellen)	155	150	- 3,2	530	453	- 14,5	120	161	33,9	3,0	355
Fahrzeugen, Fahrzeugteilen und Reifen	1 015	1 402	38,1	5 785	8 725	50,8	1 020	2 265	122,1	6,2	260
Sonstigen Waren, Waren verschiedener Art	3 081	3 396	10,2	24 277	26 154	7,7	5 177	7 669	48,1	7,7	293
Insgesamt	21 419	20 879	- 2,5	106 643	115 742	8,5	15 798	23 438	48,4	5,5	203
Gastgewerbe											
Hotels	1 324	1 568	18,4	10 614	12 397	16,8	508	757	49,1	7,9	61
Hotels garnis	592	746	26,0	1 911	2 850	49,1	72	156	116,1	3,8	55
Gasthöfe	1 001	608	- 39,3	3 528	2 223	- 37,0	138	115	- 16,3	3,7	52
Pensionen mit 9 und mehr Betten	352	601	70,7	946	2 090	120,9	30	99	225,0	3,5	47
Pensionen mit weniger als 9 Betten	73	53	- 27,4	109	82	- 24,8	2	2	4,1	1,5	22
Erholungs- und Ferienheime	33	58	75,8	289	422	46,0	10	17	66,4	7,2	40
Ferienzentren, Ferienhäuser, Ferien- wohnungen, Hütten	67	148	120,9	314	879	179,9	16	58	261,2	5,9	66
Campingplätze	107	179	67,3	282	506	79,4	12	25	103,4	2,8	49
Beherbergungsgewerbe zusammen	3 549	3 961	11,6	17 993	21 449	19,2	788	1 229	55,9	5,4	57
Speisewirtschaften	4 202	3 319	- 21,0	14 887	13 943	- 6,3	659	791	20,1	4,2	57
Imbißhallen	418	579	38,5	1 128	2 134	89,2	51	115	125,7	3,7	54
Schankwirtschaften	5 779	6 562	13,6	11 247	16 530	47,0	346	656	89,6	2,5	40
Bars, Tanzlokale	536	478	- 10,8	2 780	2 613	- 6,0	107	132	24,1	5,5	51
Cafés	240	213	- 11,3	1 239	1 070	- 13,6	50	52	5,3	5,0	49
Eisdielen	278	263	- 5,4	992	1 063	7,2	38	51	35,6	4,0	48
Trinkhallen	61	71	16,4	112	143	27,7	7	10	49,6	2,0	68
Gaststättengewerbe zusammen	11 514	11 485	- 0,3	32 385	37 496	15,8	1 258	1 807	43,9	3,3	48
Kantinen	249	280	12,5	1 315	1 421	8,1	67	83	23,3	5,1	58
Insgesamt	15 312	15 726	2,7	51 693	60 366	16,8	2 112	3 120	47,4	3,8	52

1) Handelsbereiche jeweils Ende März; Gastgewerbe Ende Mai. — 2) Großhandel und Handelsvermittlung ohne Umsatzsteuer; Einzelhandel und Gastgewerbe einschließlich Umsatzsteuer. — 3) Bei Handelsvermittlung nur Provisionen und Kostenvergütungen.

einen Datenabgleich für die sogenannten Mehrbetriebsunternehmen zwischen den Bundesländern voraussetzt, werden nach Abschluß dieser Arbeiten in Kürze publiziert.

Die fachliche Zuordnung zur Handels- und Gaststättenzählung erfolgt nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt. In die Erhebung 1985 wurden alle Unternehmen des Handels und Gastgewerbes einbezogen, die im Geschäftsjahr 1984 einen Umsatz von mindestens 20 000 DM tätigten sowie alle Neugründungen zwischen dem 1. Januar 1984 und dem Erhebungsstichtag, unabhängig von der Höhe ihres Umsatzes. Bei der Erhebung im Jahre 1979 hatte für die Unternehmen mit vollem Geschäftsjahr eine Erfassungsgrenze von 12 000 DM gegolten.

Soweit sich das Geschäftsjahr eines Unternehmens nicht mit dem Kalenderjahr 1984 deckte, waren Daten für das Geschäftsjahr anzugeben, das im Kalenderjahr 1984 endete. Bei Neugründungen oder Geschäftsübernahmen galt das Rumpfgeschäftsjahr bis zum 31. Dezember 1984. Während sich der Umsatz beim Einzel- und Großhandel sowie dem Gastgewerbe auf den Gesamtbetrag der abgerechneten Lieferungen und Leistungen bezieht, zählen bei der Handelsvermittlung nur die Provisionen und Kostenvergütungen aus der Vermittlung von Waren, nicht hingegen der Wert der vermittelten Waren.

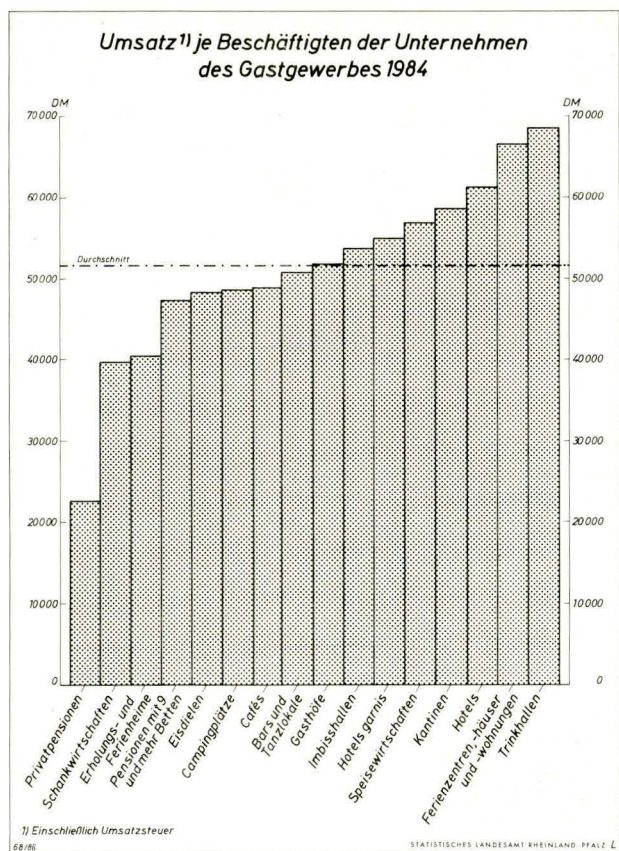
8,5 % mehr Beschäftigte im Einzelhandel gegenüber 1979

Am 29. März 1985 gab es in Rheinland-Pfalz 20 879 Unternehmen des Einzelhandels, die 115 742 Personen beschäftigten. Im Vergleich zu 1979 nahm die Zahl der Unternehmen um 2,5 % ab, die der Arbeitskräfte um 8,5 % zu. Dadurch stieg die mittlere Unternehmensgröße von 5 auf 5,5 Beschäftigte.

Unter den Wirtschaftszweigen erhöhte sich zwischen 1979 und 1985 beim Fahrzeughandel die Zahl der Unternehmen (+ 38 %) und der Beschäftigten (+ 51 %) am stärksten. Den ausgeprägtesten Rückgang der Unternehmenszahl verzeichneten die Lebensmittel- und Genußwarengeschäfte (- 22 %). Die höchste relative Einbuße an Arbeitskräften hatten die selbständigen Tankstellen (- 15 %).

Beim Einzelhandel mit sonstigen Waren und Waren verschiedener Art, zu dem vornehmlich die Warenhäuser und Verbrauchermärkte zählen, stieg zwischen 1979 und 1985 die Zahl der Unternehmen um 10 %, die der Beschäftigten um nahezu 8 %. Ende März 1985 wurde dort mit durchschnittlich 7,7 tätigen Personen je Unternehmen die höchste Relation unter den Branchen ermittelt. Es folgen der Vertrieb von Fahrzeugen und Fahrzeugteilen (6,2 Beschäftigte), Textilien- und Schuhgeschäfte (5,9 Beschäftigte) sowie Apotheken und Drogerien (5,5 Beschäftigte). Die geringste mittlere Unternehmensgröße ergab sich bei den selbständigen Tankstellen (3,0 Beschäftigte).

Im Jahre 1984 erwirtschafteten die rheinland-pfälzischen Einzelhandelsunternehmen einen Umsatz ein-



schließlich Umsatzsteuer von gut 23,4 Mrd. DM. Gegenüber 1978 errechnet sich eine Zunahme um 48 %. Ein überdurchschnittliches Umsatzwachstum registrierten der Handel mit Fahrzeugen und Fahrzeugteilen (+ 122 %), pharmazeutischen und kosmetischen Erzeugnissen (+ 54 %) sowie mit Textilien und Schuhen (+ 49 %). Je tätiger Person errechnete sich im Jahre 1984 für die Unternehmen des Einzelhandels ein Umsatz von 202 500 DM. Unter den Branchen variierten die Relationen zwischen rund 355 400 DM bei selbständigen Tankstellen und 129 400 DM beim Vertrieb von Papierwaren und Druckerzeugnissen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß beim Einzelhandel Teilzeitbeschäftigte einen bedeutenden Anteil des Personals stellen. Von den dort eingesetzten sozialversicherungspflichtigen Mitarbeitern sind es zur Zeit fast 20 %.

Kleinere Einzelhandelsunternehmen überwiegen zahlenmäßig

In mehr als der Hälfte der in Rheinland-Pfalz gezählten Einzelhandelsunternehmen waren jeweils nur eine oder zwei Personen tätig. Knapp 30 % der Firmen hatten drei bis fünf Beschäftigte. Rund 8,5 % verfügten über zehn und mehr Arbeitskräfte, wobei diese 51 % des Personals und 64 % des Umsatzes vom Einzelhandel bestritten. Gegenüber 1979 ging die Zahl der Geschäfte mit einem oder zwei Beschäftigten um 13,5 % zurück, die der Unternehmen mit zehn und mehr Personen stieg um 8,2 %. Bezüglich der Umsätze errechneten sich zwischen 1978 und 1984 Zunahmen um 20 bzw. 57 %.

Unternehmen des Handels und Gastgewerbes nach Umsatzgrößenklassen 1979 und 1985

Größenklasse	Unternehmen ¹⁾			Beschäftigte ¹⁾			Umsatz ^{2) 3)}		
	1979	1985	Ver- änderung	1979	1985	Ver- änderung	1978	1984	Ver- änderung
	Anzahl		%	Anzahl		%	1 000 DM		%
Handel und Gastgewerbe									
Umsatzgrößenklasse									
unter 1 Mill. DM	39 753	38 423	- 3,4	108 042	109 904	1,7	7 657 009	8 499 093	11,0
1 — 10 Mill. DM	4 448	5 951	33,8	57 968	65 752	13,4	11 581 327	15 873 833	37,1
10 Mill. DM und mehr	458	656	43,2	50 043	57 381	14,7	17 224 417	28 176 476	63,6
Neugründungen	2 723	1 451	- 46,7	7 225	5 327	- 26,3	300 319	366 739	22,1
Zusammen	47 382	46 481	- 1,9	223 278	238 364	6,8	36 763 072	52 916 142	43,9
Handel									
Umsatzgrößenklasse									
unter 1 Mill. DM	25 717	23 613	- 8,2	65 324	60 479	- 7,4	5 941 265	6 085 309	2,4
mehr als 1 Mill. DM	4 744	6 320	33,2	102 469	114 464	11,7	28 470 363	43 412 572	52,5
Neugründungen	1 609	822	- 48,9	3 792	3 055	- 19,4	239 675	298 572	24,6
Zusammen	32 070	30 755	- 4,1	171 585	177 998	3,7	34 651 305	49 796 454	43,7
Großhandel									
Umsatzgrößenklasse									
unter 1 Mill. DM	4 048	3 525	- 12,9	10 338	8 831	- 14,6	1 186 171	1 114 723	- 6,0
1 — 10 Mill. DM	1 861	2 142	15,1	20 754	19 093	- 8,0	5 960 691	6 911 510	16,0
10 Mill. DM und mehr	332	467	40,7	23 895	25 466	6,6	11 149 634	17 573 116	57,6
Neugründungen	214	118	- 44,9	673	687	2,1	88 182	117 961	33,8
Zusammen	6 455	6 252	- 3,1	55 660	54 077	- 2,8	18 384 678	25 717 310	39,9
Handelsvermittlung									
Umsatzgrößenklasse									
unter 1 Mill. DM	3 884	3 448	- 11,2	8 218	7 223	- 12,1	359 902	472 260	31,2
mehr als 1 Mill. DM	37	77	108,1	617	717	16,2	102 983	159 525	54,9
Neugründungen	275	99	- 64,0	447	239	- 46,5	6 135	9 365	52,7
Zusammen	4 196	3 624	- 13,6	9 282	8 179	- 11,9	469 020	641 151	36,7
Einzelhandel									
Umsatzgrößenklasse									
unter 1 Mill. DM	17 785	16 640	- 6,4	46 768	44 425	- 5,0	4 395 192	4 498 326	2,4
1 — 10 Mill. DM	2 391	3 449	44,3	31 559	37 769	19,7	5 227 605	8 211 942	57,1
10 Mill. DM und mehr	123	185	50,4	25 644	31 419	22,5	6 029 450	10 556 479	75,1
Neugründungen	1 120	605	- 46,0	2 672	2 129	- 20,3	145 358	171 246	17,8
Zusammen	21 419	20 879	- 2,5	106 643	115 742	8,5	15 797 607	23 437 993	48,4
Gastgewerbe									
Umsatzgrößenklasse									
unter 1 Mill. DM	14 036	14 810	5,5	42 718	49 425	15,7	1 715 744	2 413 784	40,7
mehr als 1 Mill. DM	162	287	77,2	5 542	8 669	56,4	335 381	637 737	90,2
Neugründungen	1 114	629	- 43,5	3 433	2 272	- 33,8	60 644	68 167	12,4
Zusammen	15 312	15 726	2,7	51 693	60 366	16,8	2 111 768	3 119 688	47,7

1) Handelsbereiche jeweils Ende März, Gastgewerbe Ende Mai. — 2) Großhandel und Handelsvermittlung jeweils ohne Umsatzsteuer, Einzelhandel und Gastgewerbe jeweils einschl. Umsatzsteuer. — 3) Bei Handelsvermittlung nur Provisionen und Kostenvergütungen.

Die Darstellung nach Umsatzgrößenklassen spiegelt weitgehend gleiche Differenzierungen wider. Bei fast 80 % der Ende März 1985 tätigen Unternehmen lag der Umsatz des Jahres 1984 unter 1 Mill. DM. Diese Geschäfte waren mit 38 % am Personal und mit 19 % am Umsatz des Einzelhandels beteiligt. Nur knapp 1 % der Unternehmen erzielte einen Jahresumsatz von mehr als 10 Mill. DM. Im Jahre 1984 erwirtschafteten diese Firmen 45 % des Einzelhandelsumsatzes. Zwischen 1978 und 1984 konnten sie eine Umsatzsteigerung von 75 % verbuchen, wogegen es bei den Geschäften mit Jahreseinnahmen von weniger als 1 Mill. DM nur 2,4 % mehr waren (Durchschnitt + 48 %).

Während im Jahre 1984 von den Einzelhandelsunternehmen mit ein oder zwei tätigen Personen durchschnittlich 118 500 DM je Beschäftigten umgesetzt wurden, waren es bei drei bis fünf Arbeitskräften bereits über 147 000 DM, bei sechs bis neun Personen knapp 180 000 DM. Die Unternehmen mit zehn und mehr Kräften hatten Einnahmen von nahezu 254 000 DM je Beschäftigten.

Von den Unternehmen mit weniger als 1 Mill. DM Jahresumsatz wurden im Jahre 1984 im Durchschnitt 101 000 DM je tätiger Person vereinnahmt. Für Unter-

Unternehmen des Handels und Gastgewerbes nach Beschäftigtengrößenklassen 1979 und 1985

Größenklasse	Unternehmen ¹⁾			Beschäftigte ¹⁾			Umsatz ^{2) 3)}		
	1979	1985	Ver- änderung	1979	1985	Ver- änderung	1978	1984	Ver- änderung
	Anzahl		%	Anzahl		%	1 000 DM		%
Handel und Gastgewerbe									
Beschäftigtengrößenklasse									
1 – 2	27 584	23 745	– 13,9	41 026	37 140	– 9,5	3 283 717	4 645 664	41,5
3 – 5	11 955	14 260	19,3	44 502	53 070	19,3	4 919 495	7 660 952	55,7
6 – 9	4 288	4 737	10,5	30 519	33 532	9,9	4 403 748	5 996 352	36,2
10 und mehr	3 555	3 739	5,2	107 231	114 622	6,9	24 156 114	34 613 175	43,3
Insgesamt	47 382	46 481	– 1,9	223 278	238 364	6,8	36 763 072	52 916 142	43,9
Handel									
Beschäftigtengrößenklasse									
1 – 2	18 457	15 951	– 13,6	26 778	24 086	– 10,1	2 752 048	3 981 081	44,7
3 – 5	7 688	8 614	12,0	28 705	32 115	11,9	4 313 423	6 657 529	54,3
6 – 9	3 092	3 264	5,6	22 113	23 187	4,9	4 047 212	5 453 163	34,7
10 und mehr	2 833	2 926	3,3	93 989	98 610	4,9	23 538 622	33 704 681	43,2
Zusammen	32 070	30 755	– 4,1	171 585	177 998	3,7	34 651 305	49 796 454	43,7
Großhandel									
Beschäftigtengrößenklasse									
1 – 2	2 992	2 662	– 11,0	4 421	4 062	– 8,1	977 627	1 817 417	85,9
3 – 5	1 570	1 725	9,9	5 990	6 535	9,1	1 791 727	3 038 734	69,6
6 – 9	746	750	0,5	5 387	5 370	– 0,3	1 811 842	2 343 914	29,4
10 und mehr	1 147	1 115	– 2,8	39 862	38 110	– 4,4	13 803 482	18 517 245	34,2
Zusammen	6 455	6 252	– 3,1	55 660	54 077	– 2,8	18 384 678	25 717 310	39,9
Handelsvermittlung									
Beschäftigtengrößenklasse									
1 – 2	3 265	2 734	– 16,3	4 625	3 861	– 16,5	181 081	249 536	37,8
3 – 5	734	703	– 4,2	2 642	2 506	– 5,2	136 927	218 582	59,6
6 – 9	136	134	– 1,5	960	938	– 2,3	59 897	95 139	58,8
10 und mehr	61	53	– 13,1	1 055	874	– 17,2	91 115	77 894	– 14,5
Zusammen	4 196	3 624	– 13,6	9 282	8 179	– 11,9	469 020	641 151	36,7
Einzelhandel									
Beschäftigtengrößenklasse									
1 – 2	12 200	10 555	– 13,5	17 732	16 163	– 8,9	1 593 340	1 914 128	20,1
3 – 5	5 384	6 186	14,9	20 073	23 074	15,0	2 384 769	3 400 213	42,6
6 – 9	2 210	2 380	7,7	15 766	16 879	7,1	2 175 473	3 014 110	38,6
10 und mehr	1 625	1 758	8,2	53 072	59 626	12,4	9 644 025	15 109 542	56,7
Zusammen	21 419	20 879	– 2,5	106 643	115 742	8,5	15 797 607	23 437 993	48,4
Gastgewerbe									
Beschäftigtengrößenklasse									
1 – 2	9 127	7 794	– 14,6	14 248	13 054	– 8,4	531 669	664 583	25,0
3 – 5	4 267	5 646	32,3	15 797	20 955	32,7	606 072	1 003 423	65,6
6 – 9	1 196	1 473	23,2	8 406	10 345	23,1	356 536	543 189	52,4
10 und mehr	722	813	12,6	13 242	16 012	20,9	617 492	908 494	47,1
Zusammen	15 312	15 726	2,7	51 693	60 366	16,8	2 111 768	3 119 688	47,7

1) Handelsbereiche jeweils Ende März, Gastgewerbe Ende Mai. — 2) Großhandel und Handelsvermittlung jeweils ohne Umsatzsteuer, Einzelhandel und Gastgewerbe jeweils einschließl. Umsatzsteuer. — 3) Bei Handelsvermittlung nur Provisionen und Kostenvergütungen.

nehmen, die mehr als 10 Mill. DM im Jahr umsetzten, ergab sich ein Betrag von rund 336 000 DM. Bei den Neugründungen waren es knapp 80 400 DM je Arbeitskraft.

Im Jahre 1984 verzeichneten vier rheinland-pfälzische Einzelhandelsunternehmen einen Umsatz von mehr als 250 Mill. DM. Mit Einnahmen von annähernd 5 Mrd. DM bestritten diese zusammen rund ein Fünftel des gesamten Einzelhandelsumsatzes. Dieses Ergebnis

wird allerdings maßgeblich von einem Großunternehmen beeinflusst.

Die Unternehmen mit mehr als einer Viertelmilliarde DM Jahreseinnahmen erwirtschafteten im Jahre 1984 je tätiger Person einen Umsatz von fast 378 000 DM. Das sind rund 42 000 DM oder 13 % mehr als der durchschnittliche Pro-Kopf-Betrag bei allen Unternehmen mit über 10 Mill. DM Jahresumsatz. Für die Unternehmen mit 10 bis 250 Mill. DM an jährlichen Einnahmen errechnen sich 308 000 DM je Beschäftigten.

Großhandelsunternehmen setzten fast 476 000 DM je Beschäftigten um

Ende März 1985 bestanden in Rheinland-Pfalz 6 252 Unternehmen des Großhandels, in denen 54 080 Personen tätig waren. Als Großhandel gilt der Verkauf von fertig bezogenen Waren an Abnehmer, die diese weiterverkaufen oder -verarbeiten. Auf ein Unternehmen entfielen im Durchschnitt 8,7 Beschäftigte. Die höchsten Relationen errechneten sich für den Vertrieb von Erzen, Stahl und NE-Metallen (22 Beschäftigte), Holz, Baustoffen und Installationsbedarf (14 Beschäftigte), Metallwaren und Einrichtungsgegenständen sowie von festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen (je 11 Beschäftigte). Die geringste mittlere Unternehmensgröße wurde beim Großhandel mit Altmaterial und Reststoffen (3,3 Beschäftigte) festgestellt.

Gegenüber 1979 nahm die Zahl der Großhandelsunternehmen um 3,1 %, die der tätigen Personen um 2,8 % ab. Unter den Branchen bewegten sich die Veränderungen der Unternehmenszahl zwischen + 87 % beim Vertrieb von pharmazeutischen und kosmetischen Erzeugnissen sowie - 24 % beim Brennstoffhandel. Bezüglich der Beschäftigtenzahl variierten die Relationen zwischen + 65 % bei textilen Rohstoffen und Halbwaren sowie - 37 % bei technischen Chemikalien, Rohdrogen und Kautschuk.

Im Jahre 1984 verzeichneten die rheinland-pfälzischen Großhandelsunternehmen einen Umsatz ohne Umsatzsteuer von 25,7 Mrd. DM. Gegenüber 1978 entspricht dies einer Zunahme um 40 %. Je Arbeitskraft errechnete sich im Jahre 1984 ein Umsatz von durchschnittlich 476 000 DM. Nach Branchen lag der Brennstoffhandel mit einem Pro-Kopf-Betrag von knapp 2,6 Mill. DM mit Abstand an der Spitze, gefolgt vom Großhandel mit Getreide, Futter und Düngemitteln (642 000 DM) sowie mit textilen Rohstoffen und Halbwaren (581 000 DM).

Zwischen 1979 und 1985 ging die Zahl der Großhandelsunternehmen mit ein oder zwei Arbeitskräften um 11 % zurück, die der Firmen mit drei bis fünf Personen stieg um rund 10 % (Beschäftigte - 8,1 bzw. + 9,1 %). Während der Bestand an Unternehmen mit sechs bis neun Kräften annähernd unverändert blieb, nahm die Zahl der Firmen mit zehn und mehr Personen um 2,8 % ab (Beschäftigte - 4,4 %). Je Arbeitskraft wurden im Jahre 1984 innerhalb der letzteren Größenklasse durchschnittlich 486 000 DM umgesetzt, bei den Unternehmen mit einem oder zwei Beschäftigten waren es 446 000 DM.

Unternehmen der Handelsvermittlung haben im Durchschnitt 2,3 Beschäftigte

In Rheinland-Pfalz wurden am 29. März 1985 rund 3 625 Unternehmen der Handelsvermittlung mit zusammen 8 180 tätigen Personen gezählt. Hierunter fällt die Vermittlung des An- oder Verkaufs von Waren in fremdem Namen und für fremde Rechnung. Je Unternehmen errechnen sich durchschnittlich 2,3 Beschäftigte, wobei

diese Relation unter den Branchen des weit überwiegend klein- und mittelständisch strukturierten Wirtschaftsbereichs nur relativ geringfügig variiert.

Gegenüber 1979 ging die Zahl der Unternehmen in der Handelsvermittlung um fast 14 % zurück. Stärkere Einbußen verzeichneten die Versandhandelsvertretungen (- 44 %), die Agenturtankstellen (- 39 %) sowie die Vermittlung von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren (- 34 %). Bei der Vermittlung von verschiedenartigen Waren stieg die Zahl der Unternehmen und der Beschäftigten jeweils um rund 25 %.

Die Handelsvermittler registrierten im Jahre 1984 einen Umsatz ohne Umsatzsteuer von 641 Mill. DM. Im Vergleich zu 1978 betrug die Zunahme 37 %. Bei der Vermittlung von Fahrzeugen und Maschinen sowie von verschiedenartigen Waren haben sich die Umsätze jeweils etwa verdoppelt. Je tätiger Person wurden im Jahre 1984 im Durchschnitt 78 400 DM abgerechnet, wobei die Vermittlung von landwirtschaftlichen Grundstoffen und textilen Rohstoffen mit 106 900 DM den höchsten Betrag auswies.

Drei Viertel der Ende März 1985 gezählten Handelsvermittler hatten nur einen oder zwei Beschäftigte. Gegenüber 1979 ging die Zahl dieser Kleinstunternehmen, meist Familienbetriebe, um 16 % zurück. Während auch die Zahl der Unternehmen mit zehn und mehr Personen um 13 % abnahm, wurden bezüglich der mittleren Größenklassen nur relativ geringe Minderungsraten ermittelt.

Pro Kopf setzten die Unternehmen mit zehn und mehr Arbeitskräften im Jahre 1984 rund 89 000 DM um. Bei den Unternehmen mit über 1 Mill. DM Jahresumsatz waren es über 220 000 DM je Beschäftigten (Durchschnitt: 78 400 DM).

2,7 % mehr Unternehmen und 17 % mehr Beschäftigte im Gastgewerbe als 1979

Im Gastgewerbe waren Ende März 1985 rund 15 725 Unternehmen mit zusammen 60 370 Beschäftigten tätig. Gegenüber 1979 nahm die Zahl der Unternehmen um 2,7 %, die der Arbeitskräfte um 17 % zu. Die stärksten Steigerungen der Zahl der Unternehmen ergaben sich für Ferienzentren, -häuser und -wohnungen (+ 121 %), Erholungs- und Ferienheime (+ 76 %), Pensionen (+ 71 %), Campingplätze (+ 67 %) sowie Imbißhallen (+ 39 %). Dagegen gingen die Zahlen der Gasthöfe (- 39 %), Privatpensionen mit weniger als neun Betten (- 27 %), Speisewirtschaften (- 21 %) und der Cafés (- 11 %) deutlich zurück. Bezogen auf die Beschäftigtenzahl schwankten die Veränderungen zwischen + 180 % bei Ferieneinrichtungen und - 37 % bei Gasthöfen.

Mehr als sieben Zehntel der Ende März 1985 im Gastgewerbe tätigen Personen entfielen auf Schankwirtschaften (27 %), Speisewirtschaften (23 %) und Hotels (21 %). Die durchschnittliche Unternehmensgröße belief sich bei Hotels auf 7,9, bei Speisewirtschaften auf 4,2 und bei Schankwirtschaften auf 2,5 Beschäftigte (Gastgewerbe 3,8 Beschäftigte). Im Vergleich zu 1979 erhöhte sich das von Schankwirtschaften und Hotels

eingesetzte Personal um 47 bzw. 17 %, bei Speisewirtschaften nahm es um 6,3 % ab.

Im Jahre 1984 verzeichnete das Gastgewerbe einen Umsatz einschließlich Umsatzsteuer von mehr als 3,1 Mrd. DM. Gegenüber 1978 errechnet sich ein Plus von 48 %. Von den Teilbereichen zeigte das Beherbergungsgewerbe (+ 56 %) die höchste Zunahme, gefolgt von Gaststätten (+ 44 %) und Kantinen (+ 23 %). Je Beschäftigten wurden im Jahre 1984 im Gastgewerbe durchschnittlich 51 700 DM umgesetzt. Beim Beherbergungsgewerbe waren es 57 300 DM, beim Gaststätten-gewerbe 48 200 DM je tätiger Person. Nach der Betriebsart führten Trinkhallen (68 200 DM), Ferieneinrichtungen (66 400 DM) und Hotels (61 100 DM). Es ist zu beachten, daß von den sozialversicherungspflichtigen Arbeitskräften im Gastgewerbe rund 10 % Teilzeitbeschäftigte sind.

Fast die Hälfte der Ende März 1985 in Rheinland-Pfalz gezählten Unternehmen des Gastgewerbes hatte nur ein oder zwei Beschäftigte. Während die Zahl dieser Kleinstunternehmen im Vergleich zu 1979 um nahezu 15 % abnahm, waren für die übrigen Größenklassen jeweils zweistellige Zuwachsraten festzustellen. Die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen korreliert weitgehend mit dieser Differenzierung.

Annähernd vier Fünftel des im Jahre 1984 vom Gastgewerbe erwirtschafteten Umsatzes entfielen auf Unternehmen mit Jahreseinnahmen von weniger als 1 Mill. DM. Bei diesen erhöhte sich zwischen 1978 und 1984 der Umsatz um 41 %. Für die Unternehmen mit mehr als 1 Mill. DM Jahresumsatz wurde eine Steigerung um 90 % ermittelt.

Diplom-Wirtschaftsingenieur Helmut Peifer

Nichtwohnbau 1985

Als Nichtwohngebäude werden in der amtlichen Statistik solche Hochbauten bezeichnet, die nicht oder nicht in erster Linie für Wohnzwecke bestimmt sind. In der Bautätigkeitsstatistik werden solche Gebäude nur erfaßt, wenn sie mehr als 350 cbm Rauminhalt aufweisen oder wenn die veranschlagten reinen Baukosten ohne Grundstücks- und Baunebenkosten 25 000 DM übersteigen.

Mehr als 1 800 neue Nichtwohngebäude

Im Jahre 1985 wurden in Rheinland-Pfalz 1 826 neue Nichtwohngebäude der verschiedensten Art von der Scheune über die Fabrikhalle bis hin zum Verwaltungskomplex zum Bau freigegeben. Insgesamt wurden rund 7,9 Mill. cbm Rauminhalt und 1,2 Mill. qm Nutzfläche eingeplant. Während die Anzahl der Gebäude um 6,3 % hin-

ter dem Vorjahresergebnis zurückblieb, waren an Rauminhalt und Nutzfläche 16,5 bzw. 4,2 % mehr als 1984 vorgesehen. Die kalkulierten Baukosten blieben mit 1,3 Mrd. DM nahezu unverändert.

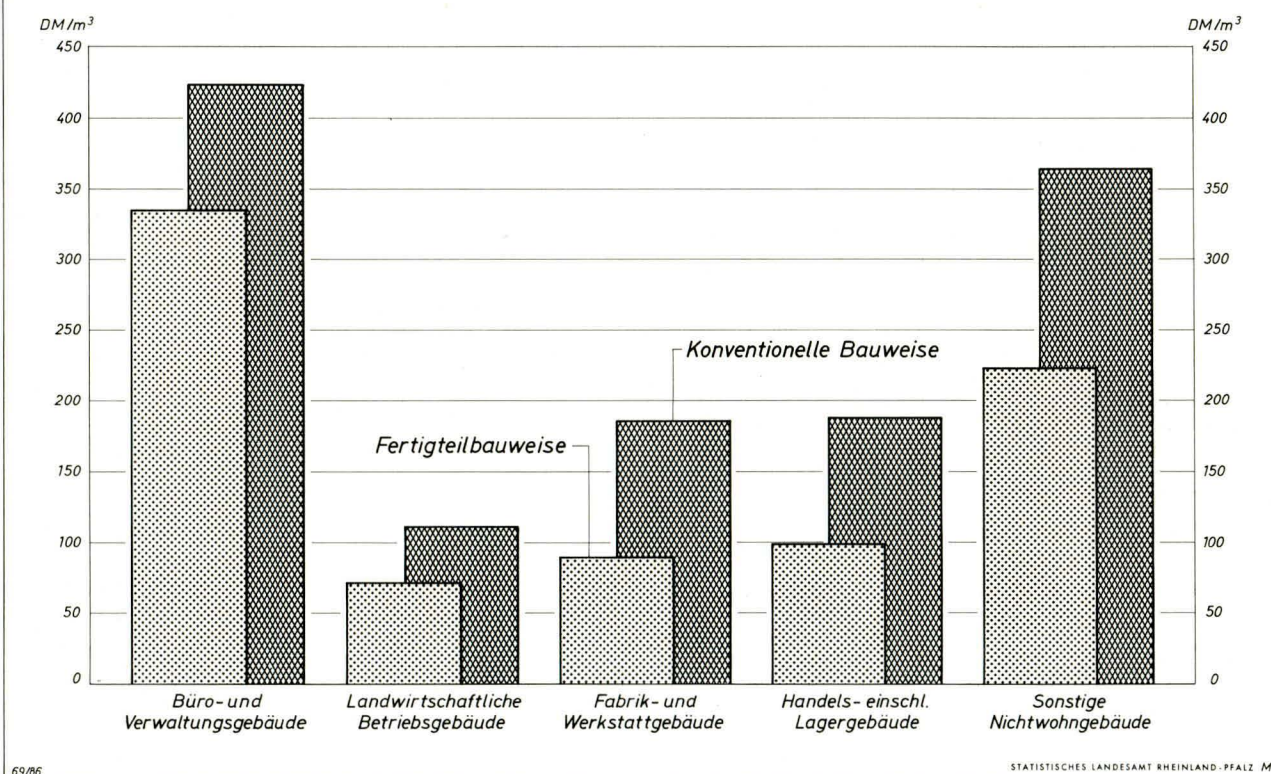
Die Bundesregierung verbesserte die Abschreibungsbedingungen im Rahmen des Steuerbereinigungsgesetzes 1986 für Wirtschaftsgebäude, für die der Antrag auf Baugenehmigung nach dem 31. März 1985 gestellt worden ist. Damit war die Absicht verbunden, zu günstigeren Rahmenbedingungen für Investitionen in neue Wirtschaftsgebäude und auch zur Verstärkung der Bautätigkeit und damit der Beschäftigungslage der Bauwirtschaft beizutragen. Allerdings wies die Bundesregierung in ihrem Jahresgutachten 1984 darauf hin, daß Bauindustrie und Bauhandwerk eine Anpassung ihrer Kapazitäten an Niveau- und Strukturveränderungen der Nachfrage nicht vermeiden werden können.

Baugenehmigungen im Fertigteilbau nach Gebäudearten und Bauherren 1985 ¹⁾

Gebäudeart Bauherr	Gebäude	Rauminhalt	Grundstücks-	Nutz-	Wohnungen	veranschlagte Kosten der Bauwerke
			fläche			
	Anzahl	1 000 m³	1 000 m²		Anzahl	1 000 DM
Anstaltsgebäude	1	2	7,2	0,5	–	.
Büro- und Verwaltungsgebäude	20	169	105,4	34,8	–	56 629
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	172	364	482,5	67,4	1	26 062
Nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude	366	4 023	2 153,5	514,7	19	.
Fabrik- und Werkstattgebäude	148	2 399	940,8	273,8	5	214 650
Handelsgebäude einschl. Lagergebäude	188	1 582	1 151,8	231,8	12	156 607
Hotels und Gaststätten	1	1	1,7	0,2	1	.
Sonstige Nichtwohngebäude	33	101	107,9	15,0	3	22 598
Öffentliche Bauherren	30	108	138,9	17,6	–	25 778
Unternehmen	539	4 502	2 660,9	605,4	22	450 163
Private Haushalte	6	30	20,1	4,6	–	3 254
Organisationen ohne Erwerbscharakter	17	20	36,6	4,8	1	4 704
Nichtwohngebäude insgesamt	592	4 660	2 856,5	632,3	23	483 899

1) Errichtung neuer Gebäude.

Kosten je m³ umbauter Raum ausgewählter Gebäudearten 1985



Zusätzlich zu den Neubaumaßnahmen waren in 851 Fällen Baumaßnahmen am vorhandenen Gebäudebestand vorgesehen. Neben der Bestandspflege wurde die verfügbare Nutzfläche um 163 500 qm ausgedehnt. Für die Durchführung dieser Maßnahmen müssen die Bauherren insgesamt rund 300 Mill. DM finanzieren.

Während sich mit den kumulierten Ergebnissen die konjunkturelle Entwicklung im Nichtwohnbau verfolgen läßt, können mit den Differenzierungsmöglichkeiten, die die Bautätigkeitsstatistik seit ihrer umfassenden Reform im Jahre 1979 bietet, weitere Erkenntnisse zeitlicher, räumlicher und sachlicher Art gewonnen werden. Eine sehr aufschlußreiche Darstellung ergibt die Unterteilung der Nichtwohngebäude nach der vorgesehenen Zweckbestimmung. Diese Aufteilung unterscheidet Anstaltsgebäude, Büro- und Verwaltungsgebäude, landwirtschaftliche Betriebsgebäude, gewerbliche Betriebsgebäude mit gesondertem Nachweis von Fabrik- und Werkstattgebäuden, Handels- und Lagergebäuden sowie Hotels und Gaststätten. Alle anderen Bauten werden in der Kategorie der sonstigen Nichtwohngebäude zusammengefaßt.

Die Untergliederung zeigt, daß die geringere Genehmigungszahl bei Neubauten auf die Rückgänge bei den Betriebsgebäuden der Landwirtschaft (–7,4 %) sowie bei den Handels- und Lagergebäuden (–15 %) zurückzuführen sind, während die übrigen Gebäudearten kaum vom Genehmigungsniveau des Jahres 1984 abweichen. Gemessen am Bauvolumen, einem weiteren Leistungsindikator im Nichtwohnbau, haben sich abgesehen von den Büro- und Verwaltungsgebäuden sowie

den landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden die Durchschnittsvolumina je Gebäude weiter vergrößert.

Höchste Baukosten für Anstaltsgebäude

Anstaltsgebäude dienen in erster Linie der Pflege und Unterbringung von Personen. Im Jahre 1985 wurden 17 neue Gebäude mit zusammen 217 000 cbm Rauminhalt, – vornehmlich Krankenhäuser, Kliniken und Heime – zum Bau freigegeben. Auftraggeber waren vor allem Organisationen ohne Erwerbscharakter sowie öffentliche Bauherren. Entsprechend ihrer besonderen Zweckbestimmung weist die Gruppe der Anstaltsgebäude mit 451 DM je Kubikmeter die mit Abstand höchsten Baukosten auf. Da es sich um sehr komplexe Einzelplanungen handelt, ist der Fertigteilbau in diesem Bereich kaum vertreten. Ferner wurde die Durchführung von Baumaßnahmen an zehn vorhandenen Anstaltsgebäuden genehmigt, für deren Ausführung 17,7 Mill. DM kalkuliert wurden.

Hohes Ausstattungsniveau bei Bürohäusern und Verwaltungsgebäuden

Mit durchschnittlich 391 DM je Kubikmeter Rauminhalt deutet sich das hohe Ausstattungsniveau bei den 102 genehmigten Büro- und Verwaltungsneubauten an. Es ist darauf zurückzuführen, daß neben Rentabilitäts Gesichtspunkten erfahrungsgemäß auch Wert auf Repräsentation gelegt wird. In 85 % der Fälle wurde die Planung der Gebäude von Unternehmen in Auftrag

Baugenehmigungen in Nichtwohnbau nach Gebäudearten und Bauherren 1985

Gebäudeart Bauherr	Errichtung neuer Gebäude							Insgesamt (einschl. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)		
	Ge- bäude	Raum- inhalt	Grund- stücks-	Grund-	Ge- schoß-	Nutz-	veran- schlagte Kosten der Bauwerke	Ge- bäude / Bau- maß- nahmen	Nutz- fläche	veran- schlagte Kosten der Bauwerke
	Anzahl	1 000 m ³	1 000 m ²				1 000 DM	Anzahl	1 000 m ²	1 000 DM
Anstaltsgebäude	17	217	137,0	22,0	58,7	34,4	97 824	27	37,3	115 522
Öffentliche Bauherren	5	141	56,0	11,3	39,1	17,8	68 674	6	17,8	72 811
Unternehmen	3	10	16,7	2,2	2,7	2,3	.	5	2,7	.
Private Haushalte	1	5	2,9	0,6	1,1	1,1	.	1	1,1	.
Organisationen ohne Erwerbscharakter	8	60	61,4	7,9	15,9	13,2	23 562	15	15,7	36 373
Büro- und Verwaltungsgebäude	102	455	263,8	45,3	107,1	86,0	177 868	186	104,1	234 704
Öffentliche Bauherren	9	77	36,0	6,6	16,4	11,5	38 667	20	15,4	52 285
Unternehmen	87	362	220,1	36,8	86,5	70,8	133 310	158	83,9	173 058
Private Haushalte	5	7	3,6	1,0	2,0	1,4	.	5	1,4	2 691
Organisationen ohne Erwerbscharakter	1	9	4,0	0,9	2,2	2,3	.	3	3,4	6 670
Landwirtschaftliche Betriebs- gebäude	550	876	1 253,0	167,3	179,5	166,1	83 690	696	181,9	103 414
Öffentliche Bauherren	2	1	3,9	0,3	0,3	0,2	.	5	0,3	556
Unternehmen	536	851	1 212,0	162,0	174,1	161,0	81 042	676	176,2	100 188
Private Haushalte	3	4	6,0	0,8	0,8	0,7	.	5	0,6	548
Organisationen ohne Erwerbscharakter	9	19	31,3	4,3	4,4	4,2	1 942	10	4,8	2 122
Nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude	932	5 599	3 462,2	747,6	911,2	796,5	706 133	1 392	896,7	837 557
Öffentliche Bauherren	75	181	176,1	30,6	37,4	30,9	55 598	96	36,1	63 917
Unternehmen	815	5 377	3 236,7	708,7	863,8	756,5	643 593	1 239	849,3	762 103
Private Haushalte	32	23	31,1	5,4	6,1	5,5	3 108	39	5,9	4 903
Organisationen ohne Erwerbscharakter	10	18	18,3	2,8	4,0	3,5	3 834	18	5,4	6 634
Sonstige Nichtwohngebäude	225	795	809,8	126,8	179,0	136,4	275 473	376	162,8	349 458
Öffentliche Bauherren	117	406	412,3	65,9	84,9	66,5	139 429	205	85,0	200 590
Unternehmen	32	159	155,7	20,0	33,2	25,8	68 585	50	27,2	70 634
Private Haushalte	4	26	18,4	3,5	4,1	3,5	2 958	6	5,4	5 018
Organisationen ohne Erwerbscharakter	72	204	223,3	37,3	56,8	40,6	64 501	115	45,2	73 216
Öffentliche Bauherren	208	806	684,1	114,7	178,0	126,9	302 733	332	154,6	390 159
Bund	20	95	63,2	15,2	17,7	14,6	.	21	14,6	.
Länder	16	200	99,2	16,9	48,0	24,9	104 844	17	25,2	105 847
Gemeinden (Gv.)	171	508	521,3	82,1	111,2	86,9	159 969	292	113,9	237 384
Sozialversicherung	1	4	0,4	0,4	1,1	0,8	.	2	0,8	.
Unternehmen	1 473	6 759	4 841,3	929,8	1 160,2	1 016,4	930 434	2 128	1 139,3	1 110 637
Land- und Forstwirtschaft,										
Tierhaltung, Fischerei	539	853	1 212,8	162,7	174,8	161,4	82 034	679	176,4	102 100
Produzierendes Gewerbe	445	3 658	1 892,5	419,6	492,4	468,4	365 329	612	519,4	416 327
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe,										
Dienstleistungen	469	2 080	1 608,3	325,4	469,1	363,4	470 368	816	420,0	579 302
Immobilienfonds	5	25	12,5	4,9	6,8	5,8	5 858	6	5,7	6 022
Verkehr und Nachrichten- übermittlung	20	168	127,7	22,0	23,9	23,2	12 703	21	23,5	12 908
Bundesbahn und Bundes- post	1	3	1,7	0,3	0,3	0,6	.	1	0,6	.
Private Haushalte	45	65	62,1	11,4	14,0	12,2	10 782	56	14,4	14 844
Organisationen ohne Erwerbscharakter	100	311	338,3	53,2	83,3	63,8	97 039	161	74,6	125 015
Nichtwohngebäude insgesamt	1 826	7 941	5 925,8	1 109,0	1 435,5	1 219,3	1 340 988	2 677	1 382,8	1 640 655

gegeben. Die öffentlichen Bauherren waren mit knapp 9 % beteiligt. Auf Privathaushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter vereinigten sich die restlichen 5 bzw. 1 %. Die Fertigteilbauweise hält mit 20 % einen relativ hohen Anteil. Für Fertigteilbauten wurden im Mittel kubikmeterbezogene Baukosten in Höhe von 335 gegenüber 424 DM im konventionellen Bau in Ansatz gebracht. Die gebäudebezogene Nutzfläche lag bei Fertigteilbauten mit 1 740 qm deutlich höher als bei den in konventioneller Weise auszuführenden Büro- und Verwaltungsbauten, wo sie 624 qm betrug.

Weitere 84 Gebäude dieser Gruppierung sollen durch Um-, Aus- und Erweiterungsbaumaßnahmen verändert werden, wodurch rund 18 000 qm Nutzfläche zusätzlich entstehen. Für die Realisierung dieser Vorhaben belaufen sich die Baukosten auf 56,8 Mill. DM.

Landwirtschaftsgebäude relativ preiswert

Da ein gutes Drittel der Gesamtfläche von Rheinland-Pfalz landwirtschaftlich genutzt wird, kommt dem Bau von Agrargebäuden besondere Bedeutung zu. Mit der Ablösung der kleinbäuerlichen Strukturen durch spezialisierte Großbetriebe geht eine entsprechende Bautätigkeit einher. Im Jahre 1985 wurden 550 landwirtschaftliche Betriebsgebäude mit 876 000 cbm Rauminhalt neu geplant. Der Anteil der Agrargebäude macht 30 % am gesamten rheinland-pfälzischen Nichtwohnbau aus. Die Gebäude sind für die Aufstellung und Unterbringung von Betriebsstoffen, Maschinen, Geräten und Vieh oder für die Produktion und Lagerung von Erzeugnissen der land- und forstwirtschaftlichen sowie gärtnerischen Betriebe bestimmt. Da deren Ausstattung zumeist keine besonders hohen bautechnischen Anforderungen stellt, können diese Bauten recht preisgünstig errichtet werden. Beispielsweise ist in nur knapp 8 % dieser Gebäudekategorie eine festinstallierte Heizung vorgesehen. Entsprechend groß ist mit 31 % der Anteil der Fertigteilbauten. Sie weisen im statistischen Durchschnitt 2 116 cbm je Gebäude bei Baukosten in Höhe von 72 DM je cbm auf. Konventionelle Gebäude sind mit 1 352 cbm je Gebäude deutlich kleiner und mit 113 DM Baukosten je cbm höher veranschlagt. Baumaßnahmen waren an 146 bestehenden landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden vorgesehen. Per Saldo vergrößert sich damit die verfügbare Nutzfläche um 15 800 qm. Die Kosten dieser Maßnahmen summieren sich auf 19,7 Mill. DM.

Fabrik- und Werkstattgebäude zu 41 % vorgefertigt

Mit einem Anteil von 20 % sind die Fabrik- und Werkstattgebäude am Bau neuer Nichtwohngeläude beteiligt. Die 362 Bauwerke weisen im Schnitt 8 300 cbm auf. Baukosten für die konventionelle Erstellung wurden mit 186 DM und für Fertigteilbauten mit 89 DM je cbm in Ansatz gebracht. Allgemein kann die Bauleistung durch starke Vorfabrikation bei besserem Nutzeffekt leichter ausgeführt werden. Vorgefertigte Bauteile finden natürlich auch in Gebäuden, die der konventionellen Bauweise zugeordnet werden, bis zu einem gewissen Umfang Verwendung. Gleichmaßen schließen Fertigteilbauten auch Bauleistungen konventioneller Art ein.

Es ist aufgrund der bisherigen Entwicklung zu erwarten, daß sich insgesamt die Industrialisierung des gesamten Hochbauwesens auch in Zukunft fortsetzen wird. Häufig erfordert das Unternehmenswachstum oder veränderte Produktionsbedingungen den Um- oder Erweiterungsbau bestehender Gewerbegebäude. So sind an 144 vorhandenen Fabrik- und Werkstattgebäuden Baumaßnahmen geplant, die in ihrer Summe zu einer Ausweitung der verfügbaren Nutzfläche um 39 700 qm führen sollen. Die Verwirklichung dieser Projekte wird 40,8 Mill. DM Baukosten verursachen.

Handels- und Lagergebäude noch stärker vorgefertigt

Eine weitere bedeutende Position bei den Gewerbegebäuden nehmen die Handels- und Lagergebäude ein. Ihr Anteil an den neu geplanten Nichtwohngeläuden beträgt für das Jahr 1985 gut 22 %. Insbesondere die Lagergebäude bilden wegen ihrer guten Typisierbarkeit ideale Voraussetzungen für die Vorfabrikation. Im Laufe der technologischen Entwicklung auf dem Fertigteilbaumarkt ergaben sich gegenüber der konventionellen Bauweise zahlreiche Vorzüge. Neben verkürzten Bauzeiten und Kostenvorteilen für den Bauherren können dank der Modulierung der Konstruktionsteile auch Erweiterungen nachträglich relativ einfach, schnell und kostengünstig durchgeführt werden. Die Raumkapazität läßt sich nach den jeweiligen Erfordernissen sukzessive ausdehnen. Damit wird eine unnötig hohe Kapitalbindung, wie sie bei konventionellen Bauten durch eingeplane Kapazitätsreserven entsteht, aber auch das Risiko von Fehlinvestitionen, vermieden.

Wegen der angedeuteten Vorzüge liegt der Anteil der Fertigteilbauten bei den Handels- und Lagergebäuden mit 46 % hoch. Daß es sich dabei um Bauvorhaben mit entsprechend einfacher Ausstattung handeln muß, läßt sich an der ausgeprägten Preisdifferenz zu den konventionell erstellten Konstruktionen ablesen. Die Kubikmeterpreise wurden für Fertigteilbauten mit 99 DM und für konventionell zu errichtende Gebäude mit 188 DM kalkuliert.

Durch Baumaßnahmen sollen ferner 205 bestehende Handels- und Lagergebäude zu Baukosten von 57 Mill. DM verändert werden. Die zusätzlich geplante Nutzfläche beträgt 42 000 qm.

Zahlreiche Maßnahmen der Bestandspflege an Hotels und Gaststätten

Durch Neubau sollen 50 Hotels und Gaststättengeläude entstehen. Für die im Durchschnitt 3 100 cbm großen Gebäude wurden an Baukosten 406 DM je cbm Rauminhalt in Ansatz gebracht. Rheinland-Pfalz verfügt über ein traditionsreiches und prosperierendes Fremdenverkehrsgewerbe mit einem relativ hohen Bestand an Speise- und Beherbergungsbetrieben. Der Umfang von Baumaßnahmen am vorhandenen Gebäudebestand mit 90 Einzelmaßnahmen liegt deutlich über dem der jährlichen Neubautätigkeit.

Diplom-Betriebswirt (FH) Klaus Jungbluth

Zahlungsspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlungsspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1984	1985				1986			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 627	3 619	3 619	3 619	3 620
Natürliche Bevölkerungs-bewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 918	1 914	3 439	2 524	2 309	1 537 ^p	3 363 ^p	2 537 ^p	2 281 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,3	6,3	11,2	8,5	7,5	5,2 ^p	11,0 ^p	8,5 ^p	7,4
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	2 959	2 908	3 004	2 839	3 106	3 259 ^p	2 931 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,8	9,6	9,8	9,5	10,1	11,0 ^p	9,6 ^p
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 574	3 549	3 538	3 295	3 365	3 889 ^p	3 337 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,8	11,8	11,5	11,1	10,9	13,1 ^p	10,9 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	31	29	28	25	19	41 ^p	26 ^p
* je 1 000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	10,3	9,9	9,4	8,8	6,4	13,7 ^p	8,7 ^p
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (–)	Anzahl	– 616	– 641	– 534	– 456	– 259	– 630 ^p	– 406 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	– 2,0	– 2,1	– 1,7	– 1,5	– 0,8	– 2,1 ^p	– 1,3 ^p
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	6 424	6 317	5 162	6 111	7 801
* Fortgezogene	Anzahl	6 601	6 421	5 078	5 300	7 219
* Wanderungssaldo	Anzahl	– 176	– 104	84	811	582
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	10 192	10 457	9 424	9 801	11 591
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	120 162	124 496	115 045	112 425	118 987	118 076	111 377	112 971	113 639
* Männer	Anzahl	67 230	69 679	63 882	60 964	62 777	62 929	57 543	56 604	56 593
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	9 121	10 771	.	9 261	.	.	.	7 191	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	43 300	42 937	.	39 621	.	.	.	38 506	.
Arbeitslosenquote	%	8,3	8,6	8,0	7,8	8,3	8,2	7,7	7,8	7,9
Offene Stellen	Anzahl	4 172	4 919	5 117	5 380	5 243	7 489	8 039	8 114	7 667
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	.	.	.	301	.	.	.	566	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	.	.	.	1 949	.	.	.	2 702	.
Kurzarbeiter	Anzahl	17 571	13 751	13 522	8 440	4 413	15 408	11 214	6 473	3 736
Männer	Anzahl	13 717	11 179	10 935	6 892	3 529	11 791	8 028	4 566	2 468
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ⁶⁾										
	t	14 366	14 279	14 756	12 882	13 584	16 020	14 681	13 805	13 064
* Rinder	t	4 999	4 753	4 979	3 918	3 982	5 162	4 756	4 063	4 224
* Kälber	t	33	31	37	25	23	31	31	26	27
* Schweine	t	9 210	9 384	9 629	8 849	9 498	10 718	9 785	9 624	8 729
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	80	79	90	84	86	84	91	88	90
* an Molkereien und Händler geliefert	%	95,0	94,2	95,3	95,2	95,1	94,9	95,5	95,7	95,7
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe ⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 684	2 655	2 654	2 645	2 645	2 614	2 612	2 610	2 610
* Beschäftigte	1 000	361	364	361	362	365	364	365	367	369
* Arbeiter ⁸⁾	1 000	250	252	249	250	253	251	252	253	255
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	35 470	35 338	35 794	33 367	33 251	38 112	34 654	34 196	33 323
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 182	1 243	1 173	1 269	1 226	1 211	1 278	1 327	1 306
* Löhne	Mill. DM	693	727	700	727	737	700	755	768	778
* Gehälter	Mill. DM	489	516	473	542	489	511	523	559	528
* Stromverbrauch	Mill. kWh	991	1 018	1 013	1 024	1 001	1 016	1 021	1 010	1 012
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 658	6 876	6 936	6 807	6 835	7 288	6 571	6 948	6 775
* Auslandsumsatz	Mill. DM	2 366	2 519	2 566	2 574	2 428	2 716	2 371	2 455	2 351

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. – 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 8) Einschl. gewerblich Auszubildender.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1984	1985				1986			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	98	99	102	107	91	101	106	105	...
ohne Bauhauptgewerbe	1980 = 100	99	101	102	108	91	103	106	105	...
Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	98	100	102	108	91	102	107	106	92 ^P
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	101	103	107	110	102	110	111	109	105 ^P
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1980 = 100	84	82	94	105	89	90	105	101	89 ^P
Chemische Industrie	1980 = 100	111	112	115	116	113	119	118	117	117 ^P
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	96	100	100	112	86	97	101	108	80 ^P
Maschinenbau ; Büro- maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1980 = 100	94	97	95	108	83	98	95	110	74 ^P
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1980 = 100	95	99	105	106	78	95	108	100	79 ^P
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	93	93	95	100	76	98	104	95	80 ^P
Herstellung von Schuhen	1980 = 100	95	90	91	89	53	79	81	64	58 ^P
* Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	1980 = 100	99	103	104	109	89	94	112	106	93 ^P
Bauhauptgewerbe	1980 = 100	91	82	99	105	85	89	101	100	...
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	239	229	205	172	158	275	443	403	...
Strombezug ¹⁾	Mill. kWh	2 366	2 366	2 356	2 130	2 164	2 485	2 044	1 822	...
Stromlieferungen ¹⁾	Mill. kWh	758	776	821	758	758	867	867	670	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 763	1 819	1 740	1 544	1 564	1 893	1 619	1 586	...
Gasverbrauch	Mill. m ³	338	358	269	259	255	281	222	246	...
Handwerk ²⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	100	.	.	95	.	.	.	93	.
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976 = 100	139	.	.	137	.	.	.	145	.
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	67 995	63 358	64 538	64 766	64 621	59 937 ^P	60 477 ^P	61 729 ^P	62 105 ^P
Facharbeiter	Anzahl	34 902	32 545	33 357	35 210	33 680	30 862 ^P	30 763 ^P	34 679 ^P	32 102 ^P
Fachwerker und Werker	Anzahl	15 815	14 627	14 866	14 104	15 495	13 782 ^P	14 889 ^P	12 615 ^P	15 672 ^P
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	7 980	6 897	8 067	7 637	7 885	7 783 ^P	7 199 ^P	7 886 ^P	7 555 ^P
Privater Bau	1 000	5 184	4 252	4 944	4 733	4 726	4 694 ^P	4 383 ^P	4 796 ^P	4 604 ^P
* Wohnungsbau	1 000	3 295	2 613	3 186	2 978	2 874	2 892 ^P	2 749 ^P	3 011 ^P	2 749 ^P
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	59	47	53	55	70	45 ^P	45 ^P	73 ^P	84 ^P
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 830	1 593	1 705	1 700	1 782	1 757 ^P	1 589 ^P	1 712 ^P	1 771 ^P
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	2 796	1 182	3 123	2 904	3 159	3 089 ^P	2 816 ^P	3 090 ^P	2 951 ^P
Hochbau	1 000	636	410	757	666	772	682 ^P	605 ^P	617 ^P	660 ^P
Tiefbau	1 000	2 160	2 645	2 366	2 238	2 387	2 407 ^P	2 211 ^P	2 473 ^P	2 291 ^P
Straßenbau	1 000	1 172	645	1 289	1 224	1 287	1 310 ^P	1 224 ^P	1 352 ^P	1 289 ^P
Löhne und Gehälter	Mill. DM	185	166	183	175	190	171 ^P	178 ^P	180 ^P	193 ^P
* Löhne	Mill. DM	156	137	155	146	162	143 ^P	149 ^P	150 ^P	164 ^P
* Gehälter	Mill. DM	29	29	28	29	28	28 ^P	29 ^P	30 ^P	29 ^P
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	547	500	496	549	571	426 ^P	442 ^P	539 ^P	521 ^P

1) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1984	1985				1986			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	819	710	901	811	922	966	841	981	907
* mit 1 Wohnung	Anzahl	530	483	594	535	637	692	564	731	626
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	211	171	217	217	222	228	231	216	223
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	78	56	90	59	63	46	46	34	58
* Umbauter Raum	1 000 m ³	885	751	977	821	942	905	800	907	901
* Wohnfläche	1 000 m ²	148	124	160	134	156	149	132	146	148
Wohnräume	Anzahl	7 017	5 878	7 562	6 274	7 310	6 812	6 187	6 804	6 995
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	278	239	312	258	296	293	254	292	289
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	2	2	3	3	1	2	3	1	2
Unternehmen	Anzahl	122	107	134	129	128	68	107	155	89
Private Haushalte	Anzahl	695	601	764	679	793	896	731	825	816
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	162	152	177	129	183	157	174	183	194
* Umbauter Raum	1 000 m ³	568	662	2 059	326	522	658	483	764	522
* Nutzfläche	1 000 m ²	97	102	224	62	87	119	91	145	92
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	110	112	195	76	97	164	101	199	112
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	28	26	23	24	28	28	22	35	50
Unternehmen	Anzahl	131	123	151	105	149	123	148	142	141
Private Haushalte	Anzahl	3	3	3	–	6	6	4	6	3
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 740	1 419	1 817	1 505	1 752	1 577	1 426	1 495	1 653
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 338	2 558	2 774	2 540	2 679	2 780	2 300	2 529	...
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 144	1 269	1 368	1 253	1 339	1 484	1 281	1 368	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	194	200	214	207	212	229	196	199	...
Dänemark	Mill. DM	40	48	54	52	35	62	52	54	...
Frankreich	Mill. DM	297	314	321	310	352	361	310	351	...
Griechenland	Mill. DM	23	21	24	21	24	25	24	29	...
Großbritannien	Mill. DM	195	226	241	203	265	238	226	226	...
Irland	Mill. DM	7	9	11	7	9	11	7	11	...
Italien	Mill. DM	179	215	242	215	218	269	211	230	...
Niederlande	Mill. DM	159	178	197	176	170	196	181	191	...
Spanien	Mill. DM	40	47	50	53	44	77	64	65	...
Portugal	Mill. DM	10	12	14	10	11	17	11	12	...
USA und Kanada	Mill. DM	172	193	210	183	214	192	159	185	...
Japan	Mill. DM	48	53	55	47	64	52	41	47	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	435	417	475	436	446	382	284	307	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	108	134	143	151	143	126	98	126	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 607	1 673	1 725	1 635	1 893	1 652	1 462	1 379	...
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	854	900	955	904	1 086	1 074	872	855	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	203	174	174	188	219	209	194	189	...
Dänemark	Mill. DM	18	19	19	22	16	17	45	14	...
Frankreich	Mill. DM	191	198	202	186	218	259	195	191	...
Griechenland	Mill. DM	10	8	16	6	10	8	10	9	...
Großbritannien	Mill. DM	59	66	70	70	80	82	63	69	...
Irland	Mill. DM	3	6	7	6	7	6	6	3	...
Italien	Mill. DM	140	150	146	124	189	171	123	129	...
Niederlande	Mill. DM	193	239	281	265	309	270	197	206	...
Spanien	Mill. DM	32	34	34	29	30	44	34	38	...
Portugal	Mill. DM	5	6	5	7	7	8	6	8	...
USA und Kanada	Mill. DM	114	106	112	73	105	92	70	77	...
Japan	Mill. DM	57	59	61	72	52	52	86	49	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	324	345	357	358	398	174	189	163	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	52	56	59	45	67	53	44	40	...

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1984	1985				1986			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1980 = 100	95	95	95	95	94	93	93	93	94
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	106	109	110	102	110	114	112	107	112
Großhandel										
Beschäftigte	1980 = 100	94	97	96	96	97	96	96	95	...
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	113	121	122	118	129	129	115	117	...
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1980 = 100	97	101	102	103	104	105	110	107	108
Teilbeschäftigte	1980 = 100	106	109	109	114	114	113	123	115	117
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	104	109	119	120	118	108	125	119	113
Beherbergungsgewerbe	1980 = 100	115	125	145	143	132	123	148	144	124
Gaststättengewerbe	1980 = 100	97	98	103	105	109	98	110	103	106
Fremdenverkehr										
in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	438	441	575	570	562	367	576	537	...
* Ausländer	1 000	105	113	142	161	225	78	128	142	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 532	1 558	1 894	2 022	2 378	1 220	1 897	1 950	...
* Ausländer	1 000	316	349	396	474	822	221	367	441	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1 000 t	1 495	1 429	1 556	1 513	1 698	1 800	1 593	1 626	1 736
* Güterversand	1 000 t	1 139	955	1 181	1 118	1 153	1 115	1 033	1 013	975
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 281	13 015	14 863	13 902	14 218	20 436	16 849	16 671	15 534
Krafträder	Anzahl	1 026	685	1 062	955	779	1 260	1 019	801	558
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	11 441	11 526	12 772	12 023	12 567	18 022	14 926	14 922	14 215
* Lastkraftwagen	Anzahl	506	477	567	517	520	699	564	556	483
Zugmaschinen	Anzahl	230	237	317	308	260	334	226	258	186
Straßenverkehrsunfälle										
	Anzahl	9 808	10 048	10 115	9 994	9 462	9 685	11 188	10 145	9 468
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 813	1 630	2 053	1 967	1 988	1 474	2 116	1 940	1 831
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	7 995	8 418	8 062	8 027	7 474	8 211	9 072	8 205	7 637
Verunglückte Personen	Anzahl	2 456	2 193	2 735	2 641	2 737	1 948	2 813	2 591	2 484
* Getötete	Anzahl	53	44	59	50	53	50	51	50	45
Pkw-Insassen	Anzahl	24	25	28	13	32	33	28	31	25
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	11	8	14	27	14	7	14	7	11
Radfahrer	Anzahl	4	2	1	3	2	2	5	2	4
Fußgänger	Anzahl	12	8	13	7	4	7	3	9	5
Schwerverletzte	Anzahl	738	659	886	782	834	573	892	779	775
Pkw-Insassen	Anzahl	362	324	362	350	382	277	406	354	...
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	201	173	310	258	248	166	277	238	...
Radfahrer	Anzahl	60	57	97	81	93	37	106	96	...
Fußgänger	Anzahl	93	85	96	79	84	77	83	65	...
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	67	76	58	84	85	72	82	91	60
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	143 676	47 284	16 298	32 434	26 948	43 344	37 522	44 503	31 361
* Vergleichsverfahren	Anzahl	.	.	-	2	-	-	-	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	906	929	958	866	887	737	805	778	719
* Wechselsumme	1 000 DM	8 401	8 009	7 784	7 250	7 671	7 840	6 672	5 074	5 132

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1984	1985			1986				
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monats- ende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	76 876	81 737	77 729	78 576	78 132	80 843	81 039	81 805	81 557
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	75 111	79 858	75 859	76 707	76 274	78 974	79 157	79 973	79 747
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	16 246	15 996	15 880	16 478	15 835	15 285	15 187	15 737	15 252
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	15 357	15 448	15 162	15 713	15 160	14 837	14 776	15 170	14 860
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	889	548	718	765	674	448	411	567	392
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	9 309	9 174	8 997	9 006	8 883	8 194	8 128	8 045	7 976
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	7 591	7 666	7 339	7 382	7 291	6 844	6 820	6 782	6 746
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 718	1 508	1 658	1 624	1 592	1 340	1 308	1 263	1 230
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	49 556	54 688	50 982	51 224	51 557	55 495	55 843	56 190	56 519
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	40 005	44 088	41 078	41 261	41 478	44 771	45 025	45 471	45 791
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	9 551	10 599	9 904	9 962	10 079	10 724	10 818	10 719	10 728
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	63 350	70 018	63 751	63 659	63 636	70 295	70 819	70 760	71 073
* Sichteinlagen	Mill. DM	9 110	9 611	8 400	8 502	8 418	9 234	9 469	9 517	9 460
* Termingelder	Mill. DM	22 330	24 610	23 342	23 147	23 329	25 086	25 357	25 250	25 610
* Spareinlagen	Mill. DM	31 910	35 796	32 010	32 009	31 889	35 974	35 993	35 994	36 003
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	1 636	1 678	1 328	1 246	1 782	1 838	1 370	1 391	1 774
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 526	1 519	1 360	1 247	1 903	1 779	1 352	1 389	1 765
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftsteuern	1 000 DM	1 269 938	1 332 451	1 305 916	1 595 305	1 002 483	730 081	1 361 836	1 546 849	1 174 839
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	869 232	938 494	872 953	1 233 695	642 828	391 081	922 310	1 222 011	673 963
* Lohnsteuer	1 000 DM	614 530	660 620	799 340	486 752	568 156	461 481	813 140	529 983	575 173
Einnahmen aus der Lohn- steuererlegung	1 000 DM	114 308	122 623	340 313	—	—	—	353 147	—	—
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	99 625	105 020	— 57 796	375 278	— 52 045	— 83 307	— 49 575	351 555	— 28 295
* Kapitalertragsteuer	1 000 DM	20 737	20 547	7 046	12 232	124 570	10 034	8 575	18 515	149 734
* Körperschaftsteuer	1 000 DM	134 341	152 307	124 363	359 433	2 147	2 873	150 170	321 958	— 22 649
Einnahmen aus der Körper- schaftsteuererlegung	1 000 DM	22 578	24 652	98 389	—	—	—	155 844	—	—
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	400 706	393 958	432 963	361 610	359 655	339 000	439 526	324 838	500 876
* Umsatzsteuer	1 000 DM	238 076	226 154	216 421	184 782	211 207	182 352	266 127	191 253	360 752
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	162 630	167 804	216 542	176 828	148 448	156 648	173 399	133 585	140 124
* Bundessteuern	1 000 DM	149 793	128 294	119 537	123 153	126 478	111 028	107 113	126 031	130 026
* Zölle	1 000 DM	11 822	11 328	14 593	12 019	9 400	9 340	10 049	9 238	9 618
* Verbrauchsteuern (ohne Bier- steuer)	1 000 DM	134 430	113 075	102 127	108 388	114 476	98 905	93 970	113 924	117 358
* Landessteuern	1 000 DM	73 523	75 092	104 072	67 748	70 472	92 978	108 253	87 173	84 286
* Vermögensteuer	1 000 DM	14 337	14 378	38 126	2 969	2 568	— 1 811	38 907	1 648	1 942
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	38 025	38 639	42 689	43 176	46 586	70 285	49 672	61 430	57 465
* Biersteuer	1 000 DM	6 043	6 037	6 173	7 021	6 215	4 928	6 133	7 063	6 912

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute, ohne Landeszentralbank, Kreditgenossenschaften bis einschließlich November 1985, deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie Postscheck- und Postsparkassenämter; ohne durchlaufende Kredite. — 2) Einschl. Zinsgutschriften.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1984	1985			1986			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Gemeindesteuern ¹⁾	1 000 DM	515 557	549 219	.	536 705	.	.	518 792	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 212	8 133	.	11 021	.	.	8 465	.
* Grundsteuer B	1 000 DM	85 346	88 740	.	91 609	.	.	104 957	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	376 176	403 353	.	380 452	.	.	351 061	.
Grunderwerbsteuer	1 000 DM	33 871	36 382	.	34 339	.	.	35 041	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften									
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	802 134	807 774	784 046	912 209	672 517	524 128	810 543	868 336
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	381 054	411 824	380 862	552 196	282 706	167 178	417 622	531 155
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	262 471	258 048	283 596	236 860	235 580	220 357	285 698	211 150
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	649 308	681 810	687 369	803 533	561 563	443 425	726 654	785 149
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	378 715	408 979	378 645	550 069	279 630	165 497	414 441	532 124
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	188 254	188 132	204 601	185 716	183 708	159 385	203 850	165 852
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	1 000 DM	780 404	832 834	.	777 242	.	.	769 906	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ²⁾	1 000 DM	319 713	342 503	.	323 368	.	.	298 732	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	321 309	344 465	.	297 621	.	.	303 443	.
Preise									
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1980 = 100	118,4	121,0	121,2	121,3	121,1	120,9	120,9	121,1
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	116,0	116,9	118,1	117,8	117,2	118,2	118,5	118,9
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Bauwerk ³⁾	1980 = 100	114,0	114,5	114,2	.	.	.	116,1	.
Löhne und Gehälter									
Arbeiter									
in Industrie, Hoch- und Tiefbau									
Bruttostundenverdienste	DM	15,49	16,07	.	.	16,21	16,49	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	16,32	16,95	.	.	17,06	17,33	.	.
* Facharbeiter	DM	17,18	17,80	.	.	17,92	18,24	.	.
* Angelernte Arbeiter	DM	15,49	16,21	.	.	16,37	16,59	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	13,60	14,35	.	.	14,54	14,66	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	11,52	11,99	.	.	12,07	12,32	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	11,06	11,72	.	.	11,83	12,05	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	41,0	40,7	.	.	40,8	41,0	.	.
Männliche Arbeiter	Std.	41,4	41,1	.	.	41,1	41,4	.	.
Weibliche Arbeiter	Std.	39,3	39,3	.	.	39,2	39,3	.	.
Angestellte									
in Industrie, Hoch- und Tiefbau									
Bruttomonatsverdienste	DM	3 881	4 040	.	.	4 057	4 158	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	3 504	3 620	.	.	3 623	3 726	.	.
* männlich	DM	4 176	4 309	.	.	4 314	4 434	.	.
* weiblich	DM	2 710	2 822	.	.	2 833	2 900	.	.
Technische Angestellte	DM	4 232	4 419	.	.	4 448	4 536	.	.
* männlich	DM	4 319	4 516	.	.	4 549	4 637	.	.
* weiblich	DM	3 018	3 127	.	.	3 137	3 212	.	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	2 642	2 739	.	.	2 743	2 875	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	2 626	2 727	.	.	2 730	2 867	.	.
* männlich	DM	3 208	3 301	.	.	3 303	3 462	.	.
* weiblich	DM	2 172	2 270	.	.	2 277	2 382	.	.

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 3) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1984	1985				1986			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 175	61 024	61 010	61 011	61 015
Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	30 345	30 390 ^p	23 664 ^p	53 299 ^p	37 928 ^r	21 388 ^p	25 194 ^p	52 711 ^p	40 123 ^p
Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	48 680	48 846 ^p	49 189 ^p	50 655 ^p	46 356 ^r	48 244 ^p	54 969 ^p	51 063 ^p	52 427 ^p
Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	58 010	58 691 ^p	58 311 ^p	58 973 ^p	52 959 ^r	70 639 ^p	61 442 ^p	55 241 ^p	56 022 ^p
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (—)	Anzahl	− 9 330	− 9 845 ^p	− 9 122	− 8 318 ^p	− 6 603 ^r	− 22 395 ^p	− 6 473 ^p	− 4 178 ^p	− 3 595 ^p
Arbeitslose	1 000	2 266	2 304	2 305	2 193	2 160	2 448	2 230	2 122	2 078
Männer	1 000	1 277	1 289	1 312	1 222	1 185	1 405	1 204	1 121	1 077
Arbeitslosenquote	%	9,1	9,3	9,3	8,8	8,7	9,8	9,0	8,5	8,4
Offene Stellen	1 000	88	110	111	115	120	158	157	169	173
Kurzarbeiter	1 000	384	235	375	228	162	295	216	153	118
Männer	1 000	325	197	328	183	127	257	176	119	87
Produzierendes Gewerbe ⁴⁾										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1980 = 100	99	103	105	103	105	103	113	104	109
ohne Baugewerbe	1980 = 100	100	105	106	104	105	107	114	105	109
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1980 = 100	99	105	106	104	106	106	115	105	110
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1980 = 100	98	99	103	102	103	98	105	100	103
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	102	113	112	111	114	116	128	116	123
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1980 = 100	94	95	98	94	95	98	103	94	97
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1980 = 100	101	104	103	100	103	95	106	99	104
Baugewerbe	1980 = 100	89	84	95	99	102	65	100	97	101
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1 000	6 854	6 940 ^p	6 873	6 884	6 907	7 014	7 017	7 021	7 044
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	653	659 ^p	672	663	615	645	724	629	659
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	116 538	124 699 ^p	124 345	126 520	120 797	120 872	132 279	114 976	125 026
Auslandsumsatz	Mill. DM	33 544	37 006 ^p	37 381	37 042	36 296	36 751	40 278	33 706	38 040
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	27 599	28 873 ^p	28 028	26 340	24 604	31 771 ^p	29 400 ^p
Gaserzeugung	Mill. m ³	2 922	2 843 ^p	2 772	2 585	2 506	3 080	2 677	2 490	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 106	1 026	1 024 ^r	1 037	1 047	923 ^p	984 ^p	1 000 ^p	...
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	122	106	118 ^r	124	117	78 ^p	122 ^r	109 ^p	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	9 079	8 331	7 051 ^r	8 233	8 718	4 925 ^p	7 149 ^p	7 619 ^p	...
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	11 327	9 655	11 957	10 914	10 885	9 564	12 139	11 423	12 515
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	9 892	8 766	10 939	9 932	10 034	8 947	11 401	10 737	11 803
Wohnfläche	1 000 m ²	2 230	1 720	2 103	1 911	1 854	1 582	2 000	1 817	1 978
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 509	2 501	2 675	2 795	2 778	2 239	2 757	2 881	2 887
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	28 020	21 029	25 215	23 222	21 904	18 090	22 515	20 343	22 195
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	111,2	113,8	115,1	114,3	104,8	115,4 ^r	121,9 ^p	117,1 ^p	110,4 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1980 = 100	108,9	111,1	107,4	122,7	120,7	105,6 ^r	109,2 ^p	125,1 ^p	119,0 ^p

1) Nach dem Ereignisort. — 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. — 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. — 4) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1984	1985				1986			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	40 684	44 758	45 001	46 890	42 116	43 726	49 989	40 632	...
EG-Länder insgesamt ⁴⁾	Mill. DM	20 338	22 272	22 895	23 519	21 209	22 885	25 569	20 681	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 838	3 081	3 272	3 247	2 978	3 414	3 581	2 767	...
Frankreich	Mill. DM	5 112	5 333	5 480	5 663	5 139	5 278	6 367	4 890	...
Großbritannien	Mill. DM	3 382	3 831	3 924	3 981	3 701	3 870	4 019	3 535	...
Italien	Mill. DM	3 140	3 481	3 569	3 739	3 380	3 564	4 058	3 319	...
Niederlande	Mill. DM	3 510	3 855	3 974	4 031	3 438	3 969	4 231	3 400	...
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	36 185	38 651	39 504	39 425	36 603	35 285	39 940	32 571	...
EG-Länder insgesamt ⁴⁾	Mill. DM	18 121	19 637	19 583	19 697	18 533	18 879	21 175	17 258	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 403	2 424	2 426	2 444	2 402	2 475	2 933	2 321	...
Frankreich	Mill. DM	3 825	4 107	4 565	3 927	3 366	4 150	4 846	3 608	...
Großbritannien	Mill. DM	2 774	3 097	2 786	3 188	3 145	2 691	2 901	2 343	...
Italien	Mill. DM	2 843	3 096	3 077	3 033	3 045	3 154	3 391	2 929	...
Niederlande	Mill. DM	4 419	4 858	4 750	4 937	4 704	4 525	4 919	4 056	...
Geld und Kredit ¹⁾										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	1 872	1 992	1 899	1 899	1 910	1 995	1 998	2 006	2 019 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 418	1 522	1 436	1 436	1 452	1 527	1 530	1 537	1 554 ^P
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	453	471	462	462	458	468	467	469	465 ^P
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	1 225	1 375	1 253	1 253	1 263	1 363	1 367	1 376	1 393 ^P
Spareinlagen	Mrd. DM	569	624	570	570	571	628	631	632	633 ^P
Steuern										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	25 770	27 380	19 857	19 688	36 486	33 481	20 051	20 948	37 625
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	16 218	17 853	10 375	10 726	27 315	25 429	11 336	11 235	28 281
Lohnsteuer	Mill. DM	11 362	12 303	10 404	10 740	11 996	9 881	11 086	11 034	12 401
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	2 197	2 381	- 1 048	- 846	7 416	7 403	- 1 152	- 860	7 284
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	9 207	9 152	8 667	8 694	9 169	8 044	7 916	9 435	9 341
Umsatzsteuer	Mill. DM	4 625	4 286	3 329	3 827	4 300	3 569	3 307	4 781	5 082
Bundessteuern	Mill. DM	4 505	4 586	4 198	4 339	4 699	4 377	4 558	4 455	4 712
Zölle	Mill. DM	444	451	506	474	434	406	450	430	419
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 778	3 813	3 418	3 579	4 025	3 617	3 785	3 661	4 039
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ²⁾	1980 = 100	116,1	115,2	116,7	116,3	115,5	111,5	110,8	109,8 ^P	108,8 ^P
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ²⁾	1980 = 100	106,9	103,1	103,5	103,5	104,1	100,4	98,4	97,3 ^P	98,9 ^P
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ²⁾	1980 = 100	119,2	121,8	122,0	122,1	122,0	120,1	119,4	118,6	118,5
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1980 = 100	114,3	115,1	.	114,8	.	.	.	116,7	.
Bauleistungen am Bauwerk ³⁾	1980 = 100	114,0	114,5	.	114,2	.	.	.	116,1	.
Preisindex für den Straßenbau	1980 = 100	100,8	102,6	.	102,4	.	.	.	104,8	.
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1980 = 100	118,4	121,0	121,1	121,2	121,3	121,0	120,9	120,9	121,1
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1980 = 100	116,0	116,9	118,0	118,1	117,8	117,7	118,2	118,5	118,9
Bekleidung, Schuhe	1980 = 100	115,7	118,4	118,0	118,1	118,1	120,2	120,3	120,5	120,5
Wohnungsmieten	1980 = 100	120,0	123,9	123,4	123,6	123,8	125,8	126,0	126,1	126,3
Energie (ohne Kraftstoffe)	1980 = 100	128,8	133,4	133,9	132,2	131,0	124,4	122,3	118,6	116,0
Übriges für die Haushaltsführung	1980 = 100	115,9	117,7	117,4	117,6	117,7	118,9	119,0	118,9	119,0
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1980 = 100	118,0	119,7	119,5	119,6	119,7	121,2	121,3	121,3	121,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1980 = 100	120,1	123,2	123,2	124,7	124,7	118,1	117,3	117,5	118,9
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1980 = 100	114,2	116,2	116,2	116,0	116,1	118,1	118,1	118,1	117,9
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1980 = 100	120,8	125,7	124,9	124,9	126,2	129,7	129,7	129,9	130,6

1) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 2) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 3) Ohne Baunebenleistungen. 4) Nach dem Stand vom 1.1.1986.

Güterumschlag in den Binnenhäfen gestiegen

Im ersten Halbjahr 1986 wurden in den Rhein- und Moselhäfen des Landes 14,7 Mill. t Güter ver- oder entladen. Das sind 3,2 % mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Zwei Drittel der Güter wurden gelöscht (+ 11 %), ein Drittel versandt (– 7,7 %). Von den bedeutendsten Häfen mit jeweils mehr als 0,5 Mill. t empfangener und versandter Güter wiesen Otterstadt (+ 35 %), Andernach (+ 27 %), Mainz (+ 24 %) und Koblenz (+ 13 %) die höchsten Umschlagssteigerungen auf. In Ludwigshafen sank die Leistung um 3,2 %. wo

Über 110 600 Auszubildende

Im Jahre 1985 befanden sich in Rheinland-Pfalz insgesamt 110 672 Jugendliche in einer betrieblichen Berufsausbildung. Das sind 0,8 % oder 838 Jugendliche weniger als im Jahr 1984, als der bisher höchste Stand erreicht worden war.

Größte Ausbildungsbereiche waren wieder Industrie und Handel (50 199 Auszubildende) sowie das Handwerk (43 890). Es folgen die freien Berufe mit 7 847 Auszubildenden vor dem öffentlichen Dienst (3 954; ohne Beamtenanwärter), der Landwirtschaft (3 904) und der städtischen Hauswirtschaft (878). Während in den Bereichen Industrie und Handel (+ 2,1 %), Landwirtschaft (+ 1,9 %) und öffentlicher Dienst (+ 9,2 %) mehr Auszubildende als im vergangenen Jahr registriert wurden, ergaben sich im Handwerk (– 4,5 %), in der städtischen Hauswirtschaft (– 11,3 %) und bei den freien Berufen (– 1,1 %) rückläufige Lehrvertragszahlen.

Die Zahl der weiblichen Auszubildenden hat erneut zugenommen, sie stieg um 1,5 % auf 43 919. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Auszubildenden hat sich dadurch auf knapp 40 % erhöht.

Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge lag mit 42 732 um 3,8 % unter dem Vorjahresergebnis. Lediglich im öffentlichen Dienst wurden 1985 insgesamt 6,4 % mehr neue Lehrverträge als 1984 abgeschlossen.

Im Jahre 1985 haben 44 306 Auszubildende die Abschlußprüfung abgelegt, davon 39 575 (89,3 %) mit Erfolg. Dabei lag bei den weiblichen Prüfungsteilnehmern die Erfolgsquote mit 91,1 % um 3 % über der der männlichen Prüfungsabsolventen. we

kurz + aktuell

Weniger Unternehmen, aber mehr Beschäftigte im Handel und Gastgewerbe

Im Frühjahr 1985 waren in Rheinland-Pfalz rund 46 480 Unternehmen des Handels und Gastgewerbes mit rund 238 400 Beschäftigten. Gegenüber 1979 hat die Zahl der Unternehmen um 1,9 % abgenommen, die der Beschäftigten um 7 % zugenommen. Dadurch erhöhte sich die durchschnittliche Unternehmensgröße von 4,7 auf 5,1 Beschäftigte.

Fast 45 % der Unternehmen entfielen auf den Einzelhandel. Es folgen das Gastgewerbe (34 %), der Großhandel (13 %) und die Handelsvermittlung (8 %). Im Vergleich zu 1979 stieg beim Gastgewerbe die Unternehmenszahl um 2,7 %, während für die Handelsvermittlung (– 14 %), den Groß- (– 3,1 %) und den Einzelhandel (– 2,5 %) Rückgänge zu verzeichnen waren.

Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich zwischen 1979 und 1985 beim Gastgewerbe um 17 %, beim Einzelhandel um 8,5 %. Handelsvermittlung und Großhandel verzeichneten Abnahmen um 12 bzw. 2,8 %. Annähernd drei Viertel der im Frühjahr in diesen Wirtschaftsbereichen tätigen Personen zählten zum Einzelhandel (48 %) und Gastgewerbe (25 %). pe

Mehr über dieses Thema auf Seite 199

Mehr als 1 800 Nichtwohngebäude

Im Jahre 1985 wurden in Rheinland-Pfalz für 1 826 neue Nichtwohngebäude der verschiedensten Art Baufreigaben erteilt. Insgesamt wurden 7,9 Mill. cbm Rauminhalt und 1,2 Mill. qm Nutzfläche eingeplant. Während die Anzahl der Gebäude um 6,3 % hinter dem Vorjahresergebnis zurückblieb, waren an Rauminhalt und Nutzfläche 17 bzw. 4,2 % mehr als 1984 vorgesehen. Die kalkulierten Baukosten blieben mit 1,3 Mrd. DM nahezu unverändert.

Zusätzlich zu den Neubaumaßnahmen waren in 851 Fällen Baumaßnahmen am vorhandenen Gebäudebestand vorgesehen. Neben der Bestandspflege wird die verfügbare Nutzfläche um 163 500 qm ausgeweitet. Für die Durchführung dieser Maßnahmen sind von den Bauherren rund 300 Mill. DM zu finanzieren. ju

Mehr über dieses Thema auf Seite 205

Rückgang der Jugendkriminalität

Im Jahre 1985 hat sich die Zahl der von den Gerichten in Rheinland-Pfalz rechtskräftig Verurteilten von 45 350 auf 45 424 nur geringfügig erhöht. Diese Zunahme ist ausschließlich auf eine erhöhte Straffälligkeit der Erwachsenen zurückzuführen. Gegenüber dem Vorjahr wurden fast 5 % mehr erwachsene Straftäter verurteilt.

Die Jugendkriminalität zeigt eine gegenläufige Entwicklung. Hier ist eine deutliche Abnahme (– 20 %) festzustellen. Die Verurteiltenziffer (Verurteilte je 100 000 Einwohner der gleichen Personengruppe) nahm bei den Jugendlichen unter 18 Jahren um 14 % von 2 255 auf 1 931 ab. Auch bei den Heranwachsenden (18 bis 20 Jahre) ist ein Rückgang um gut 5 % festzustellen. Bei den erwachsenen Straftätern hingegen erhöhte sie sich von 1 251 auf 1 299 (+ 4 %).

Die größten Straftatengruppen bilden die Straßenverkehrsdelikte (38 %) und die Vermögensdelikte (37 %). Jede zweite Straftat im Straßenverkehr wurde unter Alkoholeinfluß begangen. In 12 302 Fällen wurde der Führerschein entzogen oder ein Fahrverbot ausgesprochen. Bemerkenswert ist, daß die Verurteilungen wegen solcher Straftaten, die eine besonders kriminelle Aggressivität voraussetzen, im Berichtsjahr deutlich abgenommen haben. 1985 wurden 803 Personen wegen gefährlicher Körperverletzung verurteilt. Das sind 13 % weniger als im Vorjahr. Bei Raub und Erpressung beträgt der Rückgang sogar 16 %. nō

Stundenlöhne der Handwerker 15,14 DM

Die rheinland-pfälzischen Arbeiter im Handwerk verdienten im Mai 1986 durchschnittlich 15,14 DM brutto in der Stunde. Das sind 2,4 % mehr als im entsprechenden Monat des Vorjahres. Bei den Vollgesellen stiegen die Stundenverdienste auf 15,94 DM, bei den Jungesellen auf 11,89 DM. Die Bruttowochenverdienste erhöhten sich im gleichen Zeitraum für Vollgesellen um 3,2 % auf 652 DM und für Jungesellen um 0,8 % auf 482 DM.

Die Vollgesellen im Elektroinstallateurhandwerk erreichten mit 16,47 DM den höchsten Stundenlohn und die Schlosser mit 691 DM den höchsten Wochenlohn. An letzter Stelle liegen mit 15,39 DM bzw. 622 DM die Kraftfahrzeugmechaniker.

Die bezahlten Wochenstunden der Vollgesellen stiegen innerhalb Jahresfrist um 0,7 % auf 40,9 Stunden an, die der Jungesellen gingen um 0,5 % auf 40,6 Stunden zurück. ze

112 Mill. DM an Bafög-Leistungen

Im Jahre 1985 wurde in Rheinland-Pfalz mit insgesamt 112 Mill. DM an Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (Bafög) die gleiche Summe wie im Vorjahr aufgewendet. Hiervon entfielen ein Viertel (28 Mill. DM) auf Zuschüsse und drei Viertel (84 Mill. DM) auf unverzinsliche Darlehen. 87 Mill. DM mußten für die Förderung der Studenten und 25 Mill. DM für die Schülerförderung aufgebracht werden.

Insgesamt wurden 26 856 Personen (18 836 Studenten, 8 020 Schüler) gefördert. Das sind 11,5 % weniger als im Jahr zuvor. Von den geförderten Personen waren 56 % (15 029) männlichen und 44 % (11 827) weiblichen Geschlechts. 10 499 Personen (39 %) erhielten Vollförderung und 16 357 (61 %) Teilförderung. Während der Ausbildung wohnten 21 % (5 719) der Geförderten bei den Eltern, fast vier Fünftel (21 137) lebten außerhalb des Elternhauses.

Im Durchschnitt belief sich die monatliche Förderungssumme pro Kopf auf 522 DM (Studenten: 546 DM, Schüler: 453 DM). we

Höhere Produktion im ersten Halbjahr 1986

Im ersten Halbjahr 1986 erhöhte sich die Produktion von Industrie und Handwerk in Rheinland-Pfalz um 2,6 % gegenüber den ersten sechs Monaten 1985. Das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe verzeichnete eine Steigerung von 4,4 %. In den übrigen Bereichen kam es zu Zunahmen zwischen 1,1 % und 2,1 %. Der Maschinenbau einschließlich Datenverarbeitung (+ 9,9 %), die Steine- und Erdenindustrie (+ 6,2 %) sowie die chemische Industrie (+ 0,8 %) bestimmten die Entwicklung. fu

Niedrigere Umsätze des Gastgewerbes

Im Juli 1986 lagen die Umsätze des rheinland-pfälzischen Gastgewerbes um 6,6 % niedriger als im entsprechenden Vorjahresmonat. Gasthöfe (+ 4 %) sowie Bars und Tanzlokale (+ 0,5 %) verzeichneten Zunahmen, Schankwirtschaften (– 6,1 %), Speisewirtschaften (– 4,8 %) und Hotels (– 3,3 %) Abnahmen.

Von Januar bis Juli 1986 gingen die Einnahmen des Gastgewerbes im Vergleich zu den ersten sieben Monaten 1985 um 2,8 % zurück. Beim Beherbergungsgewerbe waren es 2,9 %, beim Gaststättengewerbe 3,2 % weniger. pe

Produktion von Januar bis Juli über Vorjahresniveau

Die Produktion von Industrie und Handwerk lag in den ersten sieben Monaten 1986 nach vorläufigen Berechnungen um 2,4 % höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Überdurchschnittliche Zuwachsraten verzeichneten der Maschinenbau einschließlich Datenverarbeitung (+ 6,7 %), der Steine- und Erdenbereich (+ 4,8 %) und die Kunststoffwarenindustrie (+ 4,6 %). In der chemischen Industrie wurde der Ausstoß um 1,2 % gesteigert. Niedrigere Produktionsziffern wiesen dagegen der Straßenfahrzeugbau einschließlich Reparaturen (– 4,1 %) sowie die Schuhindustrie (– 8,9 %) auf. hel

Gespaltene Branchenentwicklung im Großhandel

Von Januar bis Juni 1986 lagen die Umsätze des rheinland-pfälzischen Großhandels um 2,4 % unter dem Ergebnis des ersten Halbjahres 1985. Die stärkste Steigerung verzeichnete der Vertrieb von pharmazeutischen und kosmetischen Erzeugnissen (+ 7,3 %), gefolgt von Erzen, Stahl und NE-Metallen (+ 4,9 %) sowie Papierwaren und Druckerzeugnissen (+ 4,6 %). Umsatzeinbußen hatten der Textilien- und Schuhhandel (- 15 %) sowie der Brennstoffhandel (- 8,4 %).

Im ersten Halbjahr 1986 ging die Zahl der im Großhandel tätigen Personen um 1,4 % zurück. Beim Vertrieb von Rohstoffen und Halbwaren nahm die Beschäftigtenzahl um 1 %, bei dem von Fertigwaren um 1,6 % ab. pe

5 000 nahmen 1985 an Fortbildungsprüfungen im Rahmen der beruflichen Bildung teil

Im Jahre 1985 haben insgesamt 5 005 Personen und damit ebenso viele wie im Vorjahr an Fortbildungsprüfungen im Rahmen der beruflichen Bildung teilgenommen. Darunter befanden sich 1 506 Frauen. Dies waren 6,7 % (94) mehr als im Jahr zuvor. Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Prüfungsteilnehmer ist somit von 28 % im Jahre 1984 auf nunmehr 30 % angestiegen.

Die meisten Teilnehmer wurden in den Bereichen Industrie und Handel (46 %) sowie Handwerk (42 %) registriert. Es folgen die Landwirtschaft mit 8,9 % vor der städtischen Hauswirtschaft (1,8 %), dem öffentlichen Dienst (1,2 %) und den freien Berufen (0,5 %). Die Erfolgsquote stieg gegenüber dem Vorjahr um 1 % auf 78 % an.

Von den 5 005 Teilnehmern unterzogen sich 2 937 (59 %) der Meisterprüfung. Hier ging die Zahl der Prüflinge um 356 oder 11,8 % gegenüber dem Vorjahr zurück. 2 198 der Prüflinge, also drei Viertel, konnten den Meisterbrief erlangen. we

Steigender Frauenanteil an Kollegs

Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Kollegiaten in Rheinland-Pfalz hat im Schuljahr 1986/87 mit 48 % den höchsten Stand seit Bestehen dieser Einrichtungen erreicht. Die drei Kollegs des Landes führen als Institutionen des Zweiten Bildungsweges Erwachsene mit Berufserfahrung zur Hochschulreife. Im laufenden Schuljahr wurden 597 Kollegiaten gezählt (Vorjahr 601), 286 davon sind Frauen.

Sechs von zehn Kollegiaten brachten neben ihrer Berufserfahrung einen qualifizierten Sekundarabschluß mit, 11 % hatten als schulische Vorbildung einen Hauptschulabschluß erreicht, 19 % die Fachschulreife und 7 % die Fachhochschulreife.

Fast ein Viertel aller Kollegiaten des Schuljahres 1986/87 ist älter als 25 Jahre, nur jeder zehnte ist 20 Jahre alt oder jünger.

An den drei Kollegs hatten zum Sommerhalbjahr 1986 insgesamt 146 Kollegiaten die Reifeprüfung bestanden, und zwar 78 Männer und 68 Frauen. ke

Abgeschwächtes Wachstum der Steuereinnahmen im 1. Halbjahr 1986

Im 1. Halbjahr 1986 flossen dem Land nach der Steuerverteilung, das heißt einschließlich der dem Land zustehenden Anteile an der Lohn-, Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer, 3 989 Mill. DM (+ 2,9 %) zu. Die Gemeinden und Gemeindeverbände vereinnahmten zusammen mit dem Gemeindeanteil an der Lohn- und Einkommensteuer und abzüglich der Gewerbesteuerumlage 1 537 Mill. DM (- 0,6 %).

Die reinen Gemeindesteuern gingen um 2,5 % auf 995 Mill. DM zurück. Das Aufkommen an Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital in Höhe von 697 Mill. DM war rückläufig (- 5 %), nachdem es aufgrund einmaliger Sondereinflüsse zu Beginn des Vorjahres einen ungewöhnlich hohen Stand erreicht hatte. Die Grundsteuern nahmen um 6,4 Prozent auf 195 Mill. DM zu. kr

Gemüseanbau weiter ausgedehnt

Der Gemüseanbau im Freiland wurde 1986 in Rheinland-Pfalz gegenüber dem Vorjahr erneut ausgedehnt. Die für den Verkaufsanbau genutzte Fläche belief sich auf knapp 6 400 Hektar. Die flächenmäßig bedeutendste Gemüseart war der Kopfsalat (780 ha), gefolgt von Blumenkohl (720 ha) und Speisezwiebeln (710 ha), Spinat (650 ha) sowie Möhren und Karotten (640 ha).

Blumenkohl und Speisezwiebeln wurden in diesem Jahr vermehrt angepflanzt. Ähnliche Steigerungen waren bei Grünen Pflückbohnen, Kohlrabi, Eissalat, Grünkohl, Chinakohl und Porree zu beobachten. Die deutlichste Anbauausdehnung (+ 130 ha) war jedoch für die Radieschen zu verzeichnen, die damit auf rund 400 Hektar kamen.

Der Gemüseanbau in Unterglasanlagen umfaßte ähnlich wie 1985 rund 35 Hektar. hü

Zeichenerklärungen

- | | |
|--|------------------------|
| — = nichts vorhanden | D = Durchschnitt |
| 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit | p = vorläufige Angabe |
| · = kein Nachweis vorhanden / Angabe nicht möglich | r = berichtigte Angabe |
| ... = Angabe fällt später an | s = geschätzte Angabe |
| () = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist | |

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 – 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.